

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. exkl. Postgebühren.

Redaktion: Tauscher Str. 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5-spaltige Zeile ober deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Ausgegebenen Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauscher Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Arbeiter! Bürger! Parteigenossen!
Sied unangefochten thätig für die Werbung
neuer Abonnenten!

Zur Schlichtung der polnischen Zwistigkeiten.

* Leipzig, 25. September.

Die Polendebatte hat auf dem diesjährigen Parteitag ein viel lebhafteres Interesse wachgerufen, als in früheren Jahren, was zweifellos dem lebhaftesten Wunsch der weitesten Parteikreise entspringt, den unerquicklichen Zwist mit dem polnischen Sonderbund endlich einmal los zu werden.

Obwohl der Parteivorstand noch dicht vor dem Parteitag dieselbe Ueberzeugung wie die Mehrheit unserer in Posen und Oberschlesien thätigen Genossen hatte, daß nämlich eine Verständigung mit den nationalistischen Sonderbündlern leider aussichtslos wäre, so wurde doch der in zwölfter Stunde vom Parteivorstand gefaßte Entschluß, noch einen letzten Verständigungsversuch zu wagen, allseitig freudig angenommen. Es war nie das Bestreben unserer polnischen Genossen, sowie der Genossen Winter und Gogowski, den Frieden mit dem Häuflein ihrer feindlichen Brüder abzulehnen. Im Gegenteil waren sie stets bereit, alle ihnen angethane Unbill zu vergeben, um nur im Interesse der Bewegung, die Partei von kompromittierenden Erscheinungen in der Art der Doppellandidaturen zu bewahren.

Allein, kaum hatten die deutschen und polnischen Genossen in München ihre Bereitwilligkeit bekundet, wieder einmal eine Verständigung mit dem polnischen Sonderbund zu versuchen, als von einer ihm nahe stehenden Seite, im Krakauer Naprzod Daszynski's, Ausführungen erschienen, die leider sehr geeignet sind, alle Hoffnungen auf eine Verständigung zu vereiteln. Unter einer Flut persönlicher Angriffe auf die thätigsten unserer polnischen Genossen, auf unser polnisches mit schweren Opfern herausgegebenes Parteiorgan in Posen und auf die gesamten Posener Genossen, die als „Deutsche“ von der Liste des Polentums gestrichen werden, wird hier der Beschluß des Münchener Parteitags folgendermaßen gedeutet:

„Über es ist anders gekommen (als die polnischen und deutschen „Intriganten“ wollten). Der beiderseitige aufrichtige Wunsch, Frieden zu schließen, hat über die gewissenlosen Intriganten einzelner abgefliegt. Den deutschen Sozialisten, die früher häufig durch Leichtgläubigkeit schuldig waren, wurde endlich der Star gestochen. Sowohl der Genosse Auer wie Webel haben zugegeben, daß von beiden Seiten Fehler gemacht worden sind, der Frau Luxemburg

aber hat Genosse Ledebour die Anklage ins Gesicht geschleudert, daß sie seit Jahren systematisch den Unfrieden anstiftet und der Genosse Auer hat ihr bewiesen, daß sie zum Zwecke der Erbitterung der deutschen Genossen die Worte unseres Genossen Haase gefälscht hätte, der sich nicht verteidigen kann, weil er im Gefängnis sitzt.“

Was aber das wichtigste ist, in dem Artikel wird der erste grundlegende Teil der vom Parteitag angenommenen Polenresolution, der die polnische Sonderorganisation und ihre nationalistischen Bestrebungen verurteilt, gänzlich verschwiegen.

Wir können nicht umhin zu bemerken, daß ein solches Vorgehen des in den nationalistisch-polnischen Kreisen der Genossen sehr einflussreichen Naprzod in diesem Augenblick ebenso wenig loyal wie klug ist. Durch gehässige Attacken im alten Stile auf die Führer der polnischen Parteibewegung in Posen und Oberschlesien wird sehr schlecht der Verständigung vorgearbeitet. Das müßten sich doch auch Daszynski und seine Freunde sagen, daß es gegenwärtig viel mehr im Interesse der Sache liegt, alle Gehässigkeiten vergessen zu machen, anstatt durch frische Angriffe die Kluft zwischen unseren Genossen und dem polnischen Sonderbund zu erweitern.

Sodann heißt es auch sachlich eine Verständigung äußerlich erschweren, wenn man den Beschluß des Münchener Parteitags gerade denjenigen Polen, auf die es ankommt, so schief darstellt, wie es in dem angeführten Artikel geschieht. Es wäre sehr zu bedauern, wenn die Genossen vom polnischen Sonderbund die Auffassung des Naprzod annehmen würden, wonach die bisherige ablehnende Haltung der deutschen Sozialdemokratie gegenüber ihren separatistischen Nationalbestrebungen nur ein Ausfluß der persönlichen „Intriguen“ wäre. Im Gegenteil, es liegt im dringenden Interesse der Verständigung, die sonderorganisierten polnischen Genossen genau dahin zu informieren, daß die deutschen und polnischen Genossen der Gesamtpartei nach wie vor darin vollkommen einig sind, die Sonderorganisation wie ihre nationalistischen Tendenzen zu verurteilen, daß eine Einigung niemals auf dem Boden der bis jetzt von dem Sonderbund befolgten Taktik erzielt werden könne. Nach der Darstellung des Naprzod müßten die Genossen von der „polnischen sozialistischen Partei“ annehmen, daß nun die deutsche Sozialdemokratie die lange verkannte Berechtigung ihrer Taktik eingesehen und

* Wir wollen hier gleich bemerken, daß die Genossin Luxemburg auf dem Parteitag eine Erklärung zu Protokoll gegeben hat, worin sie auf Grund eines Ausschnittes aus dem offiziellen Bericht über die Schlesische Provinzialkonferenz von 1900 bewies, daß sie den Ausbruch Haases sowohl dem Wortlaut wie dem Sinne nach vollkommen korrekt citiert hat. Diese Erklärung wurde aber vom Präsidium des Parteitags abgelehnt, ohne daß ein Beschluß des Parteitags herbeigeführt worden wäre.

beschlossen hätte, ihnen einfach die Rechte zuzuerkennen, die sie ihnen in ihrer Verblendung bis jetzt verweigerte. Eine solche Darstellung der Münchener Verhandlungen geben, heißt indessen nichts anderes, als die polnischen Sonderbündler in bedauerlichster Weise irreführen und die ganze moralische Bedeutung der Debatte in München sowie insbesondere der Rede Webels vernichten. Es ist klar, daß, wie sehr auch die in Posen und Oberschlesien arbeitenden Genossen den Frieden wünschen, sie niemals der Sanktionierung derselben unhaltbaren Zustände zustimmen werden, die ihnen jahrelang jede ersprießliche Thätigkeit erschweren. Jedermann, der zu einer endgültigen Beilegung des bedauerlichen Zwistes aufrichtig beitragen will, muß deshalb gerade umgekehrt, wie dies der Naprzod thut, unseren polnischen Sonderbund klar machen, daß für eine Verständigung vor allem ausreichende, solide Garantien notwendig sind, daß weder in dem polnischen Parteiblatt, noch in der Agitation die schädlichen nationalistischen Tendenzen weiter wirken würden.

Endlich ist es unglücklich und unklug vom Naprzod, daß er die alte Taktik befolgt, von einem Zwist mit einer Versöhnung zwischen „Deutschen“ und „Polen“ zu reden und den gesamten polnischen Genossen von Posen und Oberschlesien zur Strafe für ihre Zugehörigkeit zur Gesamtpartei das Polentum abzuspochen. Die polnischen Genossen vom Sonderbund dürften sich doch darüber klar sein, daß ihre Verständigung mit der deutschen Sozialdemokratie niemals über die Köpfe der polnischen Mitglieder der Sozialdemokratie hinweg zu stande kommen kann. Im Gegenteil, es handelt sich für sie in erster Linie um eine Einigung mit den polnischen Genossen in Posen und in Oberschlesien, denn niemand wird bezweifeln, daß die Schaffung von zweierlei getrennten Organisationen polnischer Genossen im Rahmen der Gesamtpartei die traurigen Zwistigkeiten nicht beseitigen, sondern erst recht verschärfen würde. Ja, die größten Rücksichten auf die in Posen und Oberschlesien gegenwärtig thätigen Genossen sind bei dem bevorstehenden Einigungsversuch schon deshalb von Wichtigkeit, weil diese Genossen es eben sind, die die polnische Arbeiterschaft hinter sich haben und die Garantie dafür bieten, daß auch in Zukunft die Bewegung in den polnischen Provinzen auf dem Boden der Sozialdemokratie stehen wird. Deshalb werden die polnischen Genossen, sowie die mit ihnen gemeinsam thätigen deutschen Genossen die Früchte ihrer sauren Arbeit mit aller Energie gegen jeden Versuch der Gefährdung verteidigen, woher dieser Versuch auch kommen mag.

Sie werden nach wie vor die Interessen der Bewegung aus aller Kraft zu wahren wissen. Auch sie wünschen aufrichtig das Ende der bisherigen beschämenden Zwistigkeiten. Soll aber dieser Wunsch erfüllt werden, dann ist es dringend

Seuiletton.

(Nachdruck verboten.)

Das tägliche Brot.

Roman von Mara Diebig.

Die Heilsarmeeesoldatin sprach es harmlos heiter, als sei das gar nichts, Stunde um Stunde bis lange nach Mitternacht, bis gegen Morgenstunden, von Thür zu Thür zu ziehen, von Bierstube zu Weinstube, von düstiger Kneipe zu hochgelegentem Restaurant.

„Wie kalt Du bist,“ sprach sie und zog den Arm der freistehenden Grete in den ihren. „Bald wirst Du nicht mehr frieren, Sieg ist mit uns!“

O wir rufen Halleluja
Auf dem Weg nach Zion hin!

begann sie halblaut zu singen. Ihre Füße hoben sich in marschmäßigem Tempo.

Grete fiel mit ihrer schwachen Stimme in den Gesang ein.

So zogen sie Arm in Arm aus, Seelen zu retten.

Der Dunstschleier der Regenacht hüllte sie ein. Tapfer marschierten sie, die einsameren Straßen lagen bald hinter ihnen, näher und näher kamen sie den belebten Lichterzeilen, den elektrischen Lampen, die am hellsten vor den Restaurants glänzten.

Der weite Weg hatte Grete nicht ermüdet, eine belebende Kraft strömte von ihrer Gefährtin in sie über. Sie fühlte sich getragen, gehoben von einer stillen Begleitung. Das unbedeckte Haar, die Stirn dem Regen preisgegeben, marschierte sie mit. Halleluja, auf dem Weg nach Zion hin!

Lieutenant Naemi ging ins erste Restaurant, Grete folgte ihr auf dem Fuß. Nur daß sie sich nicht mit zwischen den Tischen durchdrängte; sie blieb unweit der Thüre stehen, aber ihr Blick hing unverwandt an der schlanken Gestalt im Kiepenhut, die sich durch das rauchverhüllte Gewimmel des Saales wand.

Manchem fiel das blasse Mädchen mit den großen, entrückten Augen, das so unbeweglich neben der Thüre lehnte, auf. Was wollte die?

Der Kellner, der in seiner gehegten Geschäftigkeit kaum hinsah, zuckte die Achseln. Wahrscheinlich betteln oder Wachszündhölzchen verkaufen?!

„Sie da, das is hier nicht erlaubt,“ rief er Grete zu und wedelte abweisend mit der Serviette.

Sie wich nicht.

Und so zogen sie von Restaurant zu Restaurant, aus einem Lokal ins andere. Lieutenant Naemi hatte noch nicht viel Nusbeute gehabt, aber sie lächelte. So lächelte sie auch bei jedem dreisten Wis, den man ihr zurief, bei jedem Spott, der ihrem Anbieten des Kriegsrufes antwortete. Der helle Blick ihres Auges hatte sich nicht getrübt. „Jesus giebt Gnade, diesen Abend noch, diese Stunde noch! Halleluja!“

Grete stützte sich schmerzhaft auf den Arm der Gefährtin; sie war nun doch müde geworden, und als Lieutenant Naemi wieder an zu summen fing:

O wir rufen Halleluja
Auf dem Weg nach Zion hin!

stimmte sie nicht mit ein. Sie atmete schwer, eine Last drückte ihre Brust.

Mitternacht war längst vorüber. Grete hat jetzt die Müdigkeit wieder überwunden, sie dachte auch nicht an

zu Hause; wie ein abgeschiedener Geist, losgelöst von allem Irdischen, wanderte sie durch die Nacht.

Jetzt traten sie in ein Restaurant, das war eleganter als alle, in denen sie vorher gewesen. Viel Vergoldung und Palmen und Sammetdivans und Miesenspiegel, die in ihrem kristallinen Schliß den Glanz von hunderterten von Plämmchen zurückwarfen. Vor tiefen Tischen hingen Sammetportieren, die, wie und da zurückgeschlagen, elegante Paare sehen ließen hinter gedeckten Tischen.

Der Portier, im langen, roten Rock, mit Dreimaster und goldenem Stock, hatte der Heilsarmeeesoldatin den Eintritt verweigern wollen, aber mit ihrer heiteren Ruhe schob sie ihn zur Seite; und Grete folgte ihr nach.

Ein übermütiges Gelächter wurde, da und dort laut beim Publikum des Kiepenhutes. Aber das hübsche Gesicht, das darunter auftauchte, entwarfente, manchen Spott. Jetzt machte man andere Bemerkungen; bei Kellner, welcher Art sie auch sein mochte, zuckten die blonden Wimpern.

Junge elegante Herren, an einem Tisch zusammensitzend, kauften gleich einen ganzen Paß Kriegsrufe. Sie wollten sich gern retten lassen. Freundlich, als ob sie den Spott nicht merke, lud die Heilsarmeeesoldatin zur nächsten Versammlung ein.

Jetzt näherte sie sich einer der Tische im Hintergrund, mit sicherer Hand schob sie den Vorhang zurück.

Gelächter, Männergelächter, und jetzt ein Frauenlachen. Es drang durch den ganzen Saal bis hin nach der Thüre zu Grete.

Dieses Lachen — dieses Lachen! Gretes große Augen wurden noch größer, lauschend streckte sie den Kopf vor.

Dieses Lachen — dieses Lachen! Wer hatte doch so gelacht, ganz ähnlich so — ein wenig hoch, ein wenig

notwendig, daß auch die polnischen Sonderbündler über die Sachlage genau informiert und nicht durch auswärtige Einflüsse aufgehetzt und irregeleitet werden, wie dies durch die Haltung unseres Krakauer Bruderorgans geschehen muß.

Politische Heberfrucht.

In den Tagen der Fleischsteuerung.

Die Agrarier haben ihre eigene Methode, dem deutschen Volk das Gefühl für die Ungehörlichkeit des Regierungskollertarifs auszubringen. Sie bekämpfen ihn bis aufs Blut, erklären bei jeder Gelegenheit seine Säge für unannehmbar und schwören alle Tage, daß ihnen der völlige Freihandel noch zehnfach lieber sei, als dieser Tarif, der angeblich nur im Interesse der Industrie aufgestellt worden sei. Wenn man nach dieser Methode konsequent ein halbes Jahr lang verfährt, so hat man die Wahrscheinlichkeit für sich, daß der deutsche Philister unter dem Eindruck steht, die Annahme des Wuchertarifs sei eine ontlogische, eine liberale Heldenthat, und daß die öffentliche Meinung der Generalangeiger schließlich die Wuchertarife des Regierungskollertarifs mit den Anschlägen der Reichstagskommission ohne viele Beschwerden schlucken wird.

Gerade jetzt soll sich diese agrarische Methode in Sachen der Viehzölle bewähren. Das Experiment ist insofern nicht ganz leicht auszuführen, weil die öffentliche Meinung in Deutschland augenblicklich nicht in dem normalen Zustand chronischen Stumpfums dahindämmert, sondern seit einigen Wochen durch die herrschende Fleischnot erregt ist. Immerhin war die gestrige Verhandlung über die Fleischzölle eine ganz respectable Leistung, und die Kommission hat gezeigt, daß sie sich in dem schönen Bestreben, stets die Unmöglichkeit höchsten Zölle zu erkämpfen und dadurch dem Volk das Bewußtsein für die Gefahr der Kompromißbeschlüsse zu nehmen, durch feinerlei Anwandlungen der öffentlichen Meinung irre machen läßt.

Natürlich mußte es dabei zu einer Fleischnotdebatte kommen, die übrigens nichts wesentlich Neues zu Tage förderte, als höchstens das Eingeständnis des preussischen Landwirtschaftsministers, daß die Einschleppung von Viehschaden aus Rußland infolge der drakonischen Maßregeln der russischen Regierung ausgeschlossen sei. Die vorrussische Regierung aber nimmt den heiligen Krieg gegen die Schweine noch viel ernster, als die russischen Bundesgenossen, und darum bleibt das russische Schwein vom preussischen Boden verbannt, auch wenn es gesund ist.

In der Sache selbst hielt sich die agrarische Kommission wieder an ihr Rezept, die Menschen zu verquälen, da sie so schwer zu befriedigen sind. Drei Centrumsabgeordnete gaben nicht weniger als drei verschiedene Erklärungen ab. Der Centrumsagrarier Herold behauptete, daß ohne Mindestzölle für Vieh der Zolltarif für ihn und seine Freunde unannehmbar sei, worauf sein Fraktionsgenosse Sittart versicherte, Herold habe damit nur seine ganz persönliche Auffassung zum besten gegeben, und der dilo Centrumsabgeordnete Sved bezugte, daß bei der weitaus überwiegenden Mehrheit seiner Freunde nicht die Absicht bestehe, von den Mindestzöllen in Vieh und Fleisch abzugehen. Graf Posadowsky wiederum beschwor die Agrarier in beweglicher Rede, diesen Gedanken doch fallen zu lassen, und wiederholte sein jurchbares: Unannehmbar! Und während die Kommission so den Eindruck hinterließ, als würde sie mit ihrem Verzicht auf Minimalzölle für Vieh ein unglaublich liberales Wert thun, und Herr v. Wangenheim sich als unglücklicher, als geschlagener Mann gebärdete, nahm sie die Beschlüsse aus erster Lesung wieder an, d. h. sie belieh es bei den wahnsinnigen Tarifforderungen, die eine Verabridung und wesentliche Verschärfung der bestehenden Fleischnot bedeuten. Danach erhöht sich der Zoll für Röhre von 9 Mk. auf 100 Mk., für Ochsen von 25,50 Mk. auf 130 Mk., für Schweine von 5 Mk. auf 20 Mk. z. z., und zugleich wurde die Bestimmung angenommen, daß die Regierung bei Vertragsverhandlungen diese horrenden Säge um nur 20 Proz., also ein Fünftel, solle ermäßigen dürfen.

Die Kommission aber gab sich den Anschein, als hätte sie die „extremen“ Forderungen des Herrn v. Wangenheim mit bestimmter Energie zurückgewiesen und sich durch eine große liberale Aktion um das deutsche Vaterland verdient gemacht. Und da sie sich ihrer Popularität sicher fühlte, so hob sie die in erster Lesung beschlossene Zollfreiheit für Springe gleich auf und stellte die Regierungsvorlage mit 2 bis 3 Mk. wieder her.

Also geschehen in den Tagen der Fleischsteuerung, im Spätsommer des Jahres des Heils 1902!

Deutsches Reich. Beiraste Obstruktion.

Zu Ruh und Frommen derer, die immer noch an die Möglichkeit eines Bündnisses mit den liberalen Parteien glauben, sei hier wieder mal ein Stücklein mitgeteilt, das sich die Liberalen da, wo sie die Macht besitzen, erlauben haben, um die sozialdemokratische Opposition zu „bestrafen“. Die Stadt Königsberg wird ausschließlich von liberalen Herren verwaltet. Ausschlaggebend ist sogar der linkeste Flügel der Liberalen, die Männer vom Walde-Berein. Seit nun ein halbes Dugend Sozialdemokraten in der Königsberger Stadtverordnetenversammlung sitzen, wird natürlich des öfteren auch über Arbeiterangelegenheiten, besonders über die Angelegenheiten der städtischen Arbeiter, geredet. Das paßt den freisinnigen Herren vom Walde aber nicht, und sie überbieten sich in reaktionären Maßregeln, um die Sozialdemokraten mundtot zu machen. Ein sehr beliebtes Mittel ist, immer wenn unangenehme Dinge zur Erörterung kommen, den Schluß der Debatte herbeizuführen. Da die Herren 95 von 102 sind, so können sie das in jedem Augenblick. Endlich wurde die Sache unseren Genossen doch zu bunt. Als wieder einmal eine für die ärmere Bevölkerung wichtige Angelegenheit in dieser Art abgeknickt werden sollte, erspähten sie den richtigen Augenblick, bezweifelten die Beschlußfähigkeit der Versammlung und verließen, nur vier Mann stark, den Saal. Die Auszählung ergab denn auch wirklich, daß nur 48 Stadtverordnete anwesend waren. Zur Beschlußfähigkeit gehören aber mindestens 51. Somit hatten unsere Genossen durch ihren Abmarsch erst die Beschlußunfähigkeit herbeigeführt. Es war also eine richtige Obstruktion.

Da war es nun höchst lehrreich zu sehen, wie die freisinnigen Herren gegen die Obstruktion genau dieselben Maßnahmen anwenden wollten, wie die lex-Heine-Männer im Reichstag. Ganz im Ernst erhob einer der liberalen Herren die Forderung, die vier Sozialdemokraten einfach mitzuzählen; denn es sei unzulässig, daß die Antragsteller vor der Auszählung den Saal verlassen! Genügt hätte das ja auch nichts, denn der Antrag hatte doch nur einer gestellt, an der Beschlußfähigkeit aber fehlten drei. Die Forderung zeigt aber, wie wenig sich der Geist der Liberalen von dem der finsternen Reaktionen unterscheidet.

Aber das war noch lange nicht alles. Der Königsberger Freisinn hat es sogar fertiggebracht, die Reaktionen der Reaktionäre zu übertrumpfen. Die Herren fanden nämlich eine Bestimmung der Geschäftsordnung heraus, welche lautet: „Ohne Genehmigung des Vorstehers darf kein Mitglied, bei Vermeidung einer Strafe von 1.50 Mk., die Versammlung verlassen.“ Und so erhielten wirklich und wahrhaftig unsere vier Genossen einen Strafbefehl über je 1.50 Mk.! Das sind die Parteigänger desselben Herrn Richter, der im Reichstag das Recht der Obstruktion stets mit so hereditären Worten verteidigt! Den Reaktionären ist bisher noch nicht einmal der Gedanke gekommen, die Ausübung der Obstruktion zu bestrafen. Die Freisinnigen aber thun es. Das Komische ist nun, daß natürlich auch die etwa 50 Freisinnigen, die in jener Sitzung gefehlt haben, Strafe zahlen mußten. Sicherlich thaten sie das mit Freuden in dem erhebenden Bewußtsein, den unbequemen Sozialdemokraten einen gehörigen Schabernack gespielt zu haben.

Aber sie hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Sozialdemokraten weigerten sich einfach, zu zahlen. Sie erklärten, es sei ihnen gar nicht eingefallen, die Versammlung zu verlassen. Vielmehr seien sie nur bis ins Vorzimmer gegangen, und wäre die Sitzung fortgesetzt worden, so wären sie sofort wieder hereingekommen. Der Einwand läßt sich hören. Denn es kommt natürlich im Laufe jeder Sitzung sehr oft vor, daß Stadtverordnete aller Parteien auf 10 Minuten und länger den Sitzungssaal verlassen, sei es, um Speise und Trank zu sich zu nehmen, sei es, um ein wenig zu plaudern oder viellecht, um ein Geschäft zu verrichten, das ihnen beim besten Willen kein anderer abnehmen kann. Will man nun, daß in jedem solchen Fall erst die Erlaubnis des Vorstehers nachgesehen wird? Das könnte zu recht erbaulichen Konsequenzen führen.

Aber das alles war den Herren vom Freisinn ganz egal. Da unsere Genossen die Zahlung verweigerten, wurde der

„Fall“ der geehrten Versammlung vorgelegt, und diese entschied, daß die Sünder zahlen mußten. Bei dieser Gelegenheit kam übrigens ein niedlicher Nebenunfall ans Tageslicht. Einige liberale Hausbesitzer, die noch jetzt Stadtverordnete sind, haben vor ein paar Jahren, als es im Interesse der Hausbesitzer lag, in genau derselben Weise Obstruktion getrieben, wie jetzt unsere Genossen. Von ihnen ist niemals die Zahlung des Strafgebotes verlangt worden! Das hinderte die Herren aber nicht, jetzt für die Bestrafung der Sozialdemokraten zu stimmen! Ein liberales Genrebildchen.

Gegen diese Entscheidung haben unsere Genossen Beschwerde beim Bezirksauschuß erhoben, vor dem die Sache Ende dieser Woche zur Verhandlung kommt. Ob schließlich die viermal 1.50 Mk. bezahlt werden müssen oder nicht, ist ja ziemlich gleichgültig. Aber blamiert hat sich der Freisinn bis auf die Knochen.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung erschien dieser Tage auf der Anklagebank vor der Schweriner Strafkammer die bis dahin unbestrafte Schmitterfrau Emma Müller, geb. Lehn, in Mendorf a. Poel, geb. am 14. Juni 1870. Die Verhandlung endete damit, daß die Angeklagte wegen einer Bemerkung über den Kaiser auf Grund des § 95 des St.-G.-B. in eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten verurteilt wurde.

* Berlin, 25. September. In der Hauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Geschichte der Medizin in Karlsbad wurde bezüglich der Berufung Schwenningers an die Berliner Universität folgende Entschlieung angenommen: „Die Hauptversammlung spricht über den jüngst erfolgten Befragung zur Geschichte der Medizin an einen in diesem Fach völlig Unbewährten ihr Bedauern aus.“

Das Berichtschreiben des Stadtrats Kauffmann, das dieser, wie wir berichteten, an den Stadtverordnetenvorsteher Dr. Langenhans richtete, wird in der heutigen Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis der Mitglieder gebracht werden. — Geheimer Medizinalrat Orth ist an Stelle des durch den Tod Virchows erledigten Lehrstuhles der pathologischen Anatomie an die hiesige Universität berufen worden. Professor Orth wird bereits im Wintersemester sein Lehramt antreten.

Wo will's hinaus? In der kölnischen Volkszeitung, dem rheinischen Centrumorgan, steht zu lesen:

Allenthalben greift mehr und mehr die Ueberzeugung Platz, daß aus der Vorlage nichts wird. . . Die Konservativen haben sich nämlich schon auf das Scheitern des Entwurfs eingerichtet. Hätten sie noch Hoffnung, so hätten sie sich auf den Boden der Kommissionsbeschlüsse gestellt. Mit Rücksicht auf die Wahlen rücken sie aber jetzt dem Bunde der Landwirte näher. Lediglich auf die Wahlplattation sind auch die Anträge des Herrn v. Wangenheim berechnet. Um dieses Zweckes willen neigt ihnen jetzt auch ein Teil der konservativen Kommissionsmitglieder zu. Zudem man die Bundesforderungen auch von konservativer Seite in den Mittelpunkt des Wahlkampfes stellt, verdirbt man diesen in der bedenklichsten Weise. Der Unten ist das nur willkommen.

Es ist ganz richtig, daß das Verhalten der Konservativen ein Symptom dafür ist, daß diese die Vorlage für aussichtslos halten. Es ist aber auch eine andere Deutung möglich. Unter den Konservativen soll das Gerücht gehen, daß Villow persönlich einer Erhöhung der Mindestzölle auf Getreide um 50 Pfg. sympathisch gegenüberstehe, daß er jedoch nicht wage, eine solche dem Kaiser zu empfehlen, da dieser gegen die Konservativen gereizt sei. Nun verstanden die Konservativen ihrerseits, sich gleichfalls auf die extremen Forderungen des Bundes zu versteifen, um ihre wirklichen Forderungen nachdrücklicher zu vertreten.

Zur Fleischnot. Das Millionenflugblatt der deutschen Fleischermeister, in dem der Versuch der Agrarier, den Fleischern die Verantwortung für die Preissteigerung aufzuwälzen, gebührend zurückgewiesen wird, erklart in Bezug auf die entscheidende Frage der Seucheneinschleppungsgefahr:

Die Agrarier stellen es so dar, als werde ohne weiteres die Öffnung der Grenzen für die Schlachttierimporte gefordert. Das fällt ja keinem Menschen ein. Im Gegenteil, auf das allernäherbrüchlichste fordern wir den strengsten und wirksamsten Schutz gegen Seucheneinschleppung. Wir fordern ausdrücklich, daß nur absolut gesundes Vieh eingeführt werde, daß dieses Vieh an der deutschen Grenze von einem deutschen Tierarzt noch einmal auf seinen Gesundheitszustand untersucht, dann in plombierten Wagen nach den städtischen Schlachthöfen gebracht und dort geschlachtet werde. Vieh, das unter diesen Vorkehrungsmaßregeln eingeführt wird, kann uns niemals eine Seuche bringen. Das ist nicht bloß eine Behauptung, sondern kann durch Thatfachen unwiderleglich be-

wehrt, und ein Trillern darin, wie von einem Kanarienvogel? Wer — — ?!

Unwillkürlich machte Grete Schritt für Schritt vorwärts; mit zitternden Fingern strich sie sich das nasse Haar zurück, das ihr über die Augen hing. Wer lachte da?!

Sie sah: da war ein gedeckter Tisch, bestellt mit Gläsern und Flaschen; zwei Herren mit stark geröteten Gesichtern saßen daran, und zwischen ihnen eine — eine — eine Dame!

An den einen Herrn lehnte sie sich, den anderen, der sich nah zu ihr beugte, blinzelte sie an.

Einen weißen Hut mit vielen, auffallenden Federn hatte sie sich ganz nach hinten geschoben. Jetzt stemmte sie beide Ellbogen auf den Tisch und, mit müden, schwarzgeränderten Augen die Heilsarmeeoldatin betrachtend, lachte sie. Und nun gähnte sie, daß man alle ihre Zähne blinken sah.

Grete unterdrückte einen Schrei; sie neigte sich ganz vornüber, laut ging ihr erregter Atem — war das nicht — war das nicht — — ?!

Wie eine Vision stand vor ihren überreizten Sinnen plötzlich der Schwester Bild. So lachte die. So hatte die gegähnt des Morgens früh, wenn sie, in dessen ihre Brennschere heiß wurde, die Arme auf den Herdbrand gestemmt und verschlafen ins Küchenlämpchen gestiert.

Nein! Es konnte doch nicht Trude sein — ach nein! Die hatte ja braunes Haar gehabt, und diese hier hatte leuchtendes, metallisch schimmerndes, goldblondes.

Ein Juden ging durch Gretes Herz, ein immerwährendes Zittern lief ihr über den Körper. Sie fühlte seinen festen Boden mehr unter den Füßen; der schwankte, zerfloß in Nebel unter dem Tritt. Um sie her

der glänzende Saal war auch von Nebeln verhüllt. Nah, und doch weit, ganz weit der Schwester Bild; unbestimmt wie ein Schatten, flüchtig wie eine Erinnerung. Keine Ähnlichkeit mehr zwischen der da, der üppigen Person, und der schmächtigen Mädchengestalt Trudes. Und doch — !

Grete taumelte vorwärts, wie eine Blinde gegen die Stühle anstoßend; sie wollte hin, hin zu der da, sie am seidnen Kleide fassen, zu ihr sprechen, sie antuschen, schreien: „Nette, rette deine Seele!“ — — —

Ein heiserer Laut entrang sich Gretes blaffen Lippen, die Nächststehenden wurden aufmerksam und drehten sich nach ihr um; schon eilte ein Kellner auf sie zu. Da floh sie schon.

Blitzschnell erreichte sie die Thür — hoch, — noch einmal das Lachen! Sie zögerte wenige Sekunden. Nein, so hatte Trude nie gelacht, so laut, so frech!

Sie strauchelte über die Schwelle, und nun war sie draußen. Mit einer verwirrten Gebärde faßte sie sich an die Stirn — was, was war denn? Was war denn gewesen — ?!

Sich mit beiden Händen den Kopf haltend, stürzte sie wie sinnlos davon in die finstere Nacht.

Als Mutter Reschke, gegen halb zwei Uhr morgens, sehr vergnügt mit Elli von der Geburtstagsfeier bei der Konkurrenz zurückkehrte, fand sie Grete, zusammengekauert, in einem Winkel der Mauerladerken.

„Ach denke, der Schlag rührt mer,“ erzählte sie am anderen Tag. „Sitzt se da, quatschnaß, un ganz dammelig. Keen Wort aus se rauszukriegen, keene — wat pakte denn noch nicht besser uf ihr uf,“ unterbrach sie sich

und schrie ihren Mann an. „Du has jettwif wieder den ganzen Abend verduselt? Habe ich nicht verboten, se soll nich nach de Heilsarmee? Natürlich, da is se jettewesen; da machen se ihr noch janz verrückt. Zotte ne, if sage schonst, wat hat mar for'n Kreuz mit de Kinder! Nu muß man an'n Ende noch jar en Dokter holen; als ob det allens nicht kostete! Man kommt jar nich aus 't Bezahlen raus!“

Grete lag im Küchentischbett und fieberte stark. Meist lag sie still mit geschlossenen Augen. Aber dann kamen Stunden, in denen sie sich wand in wilden Phantasien. Nichts, niemanden erkannte sie; alles schien ausgelöscht in ihrem armen, verwirrten Hirn, jede Erinnerung weggeschwift. Nur eins stand vor ihr, in grausamer Gewißheit: Trude! Und sie war nicht gerettet!

Dann schrie sie auf, so gellend, so herzerreißend, daß die Kellerwände widerhallten.

Jeder, der in den Laden kam, wurde von Mutter Reschke ans Krankenbett geführt. Jeder gab anderen Rat. Mit neugierig aufgerissenen Augen umstanden die Besucher das armerliche Lager. Dieses Anstarren, dieses Befühlen, dieses heimliche Wispern steigerte die Unruhe der Leidenden. Bei jedem Welfern und Kreischen der Klingel fuhr sie hoch auf; heute wurde der Laden ordentlich gestürmt.

Ob man einen Doktor holte oder nicht? Ach, es würde schon „von alleine“ besser werden. „Ach bin nich for de Quacksalbereien,“ sagte die Reschke. Und sie kostete einen recht kräftigen Pfefferminzthee, der trieb Schweiß und mit dem Schweiß auch die Krankheit aus.

(Fortsetzung folgt.)

Rechnungs-Abschluss

Konsum-Vereins für Dölitz und Umg.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht am 30. Juni 1902.

Table with 3 columns: Aktiva, Bilanz, Passiva. Rows include items like Waren, Debitoren, Inventar, Kasse, etc.

Mitgliederbewegung. Bestand am 1. Juli 1901: 997, einträten 93, zusammen 1090; ausgehoben durch Kündigung 57, durch Tod 3, durch Ausschluß 83, zusammen 93; Bestand am 30. Juni 1902: 997.

Der Vorstand. Karl Gehrmann, Oskar Geibel.

Schmiede! Vortrags-Abend im Pantheon, Dresdener Straße. Lichtbilder-Vortrag über: Die Geschichte der Urwelt.

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse für Arbeiter aller Berufe Deutschlands. Begründet 1875. E. H.-K. Sitz Meissen.

Restaurants and cafes: Restaurant Nicolai, Südstr., Restaur. Gambinus, Anger, Restaur. Konkordia, etc.

Achtung, Glaser! Sonnabend den 27. Septbr. abends 1/9 Uhr Mitglieder-Versammlung im Saale der Flora, Windmühlenstraße.

Kürschner. Montag den 29. September abends 1/9 Uhr Öffentl. Versammlung in der Flora, Windmühlenstraße.

Restaurant Quetsche. Empfehlung meiner geehrten Nachbarschaft, Freunden und Gönnern mein originelles Kneiplokal.

Felsenkeller, Plagwitz. Heute und folgende Tage Junghänel-Konzerte.

Waldmeister-Cigarette. Die echte und beliebteste Waldmeister-Cigarette.

Wolst der Reiter? Alle nach Dölitz! Morgen Freitag Gr. ländliches Schlachtfest.

Marienbad L-Neuschönefeld Eisenbahnstrasse 66. Dampf-bäder, russ., röm.-irische Voll- u. Teilbäder.

Seefische billig, Fleisch teuer! Bei der augenblicklichen Fleischnot sollten jetzt auch alle diejenigen Hausfrauen...

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“ 25 Reichsstraße 25.

Photograph Pinkau & Leipzig Atelier Gehler Turnersstr. 11 u. Wochentags.

Reuters sämtliche Werke. Neue billige Ausgaben in moderner Ausstattung.

Paul Thiele Special-Geschäft für Haararbeiten. Billige Preise.

Maler-Arbeiten werden sauber und billig ausgeführt. Ertler, Arnoldstr. 17, II.

Todes-Anzeige. Den Kollegen hierdurch zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Buchbinder Kurt Saalbach...

Kurt Saalbach. Nach langem schwerem Leiden verstarb gestern früh unser Kollege, der Buchbinder Kurt Saalbach.

Seltene Unvität.

„Rhetorische Bilder“, nichts als „rhetorische Bilder“! Das ist die offizielle Deutung, die dem aufsehenerregenden Säbelgerassel des französischen Marineministers, Pelletan, vom Ministerpräsidenten Combes gegeben worden ist.

Es ist auch für den gutmütigen Herrn Combes etwas ganz Selbstverständliches, wenn er den kompromittierenden Rodomontaden seines Marinemittels diese harmlose Auslegung giebt. Zumal angeht die geplanten Besuche des italienischen Königs in Paris, also der offiziellen „Annäherung“ Italiens mit Frankreich, konnte der Chef des französischen Kabinetts offenbar nicht anders die peinliche Verlegenheit vertuschen, in die ihn die deplazierten „Kardinal“-Erinnerungen des Herrn Pelletan gebracht hatten.

Eine „rhetorische Unvität“, „warme, mittellose Stimmung eines Danketts“, — diese offiziellen Formeln der Dementierung gegenüber redseligen Staatsmännern, die einmal in einer schwachen Stunde aus der Schale geplatzt haben, kennt man auch anderswo. Und soweit wäre denn alles in Ordnung.

Nicht in Ordnung ist es hingegen, wenn auch sozialistische Parteien den Weg der offiziellen Dementierung betreten und statt der entlarvenden Kritik an den verfehlten Tendenzen der offiziellen Politik sich um die Worte mit ihr auf staatsmännische Beschönigungswerkzeuge verlegen.

Die Pariser Petite République, das Organ Jaurès', wiederholt heute, wie ein dankbares und fröhliches Echo die jüngsten Erklärungen des Kabinettsministers Combes. „Rhetorische Blüten, nichts als rhetorische Blüten!“ zwitschert sie wie ein gelehriger Vogel dem Herrn Combes nach. Ja noch mehr, Jaurès greift hier wie sonst, seiner Rolle des ministeriellen Sozialistenführers treu, den ihm von der Regierung dargebotenen Faden an, um ihn weiter auszuspinnen. Pelletan hätte selbst an seine „rhetorischen Blüten“ nicht geglaubt, ihm seien irgendwelche aggressive weltpolitische Gesinnungen, irgendwelche Antipathien gegen Italien nicht entfernt im Sinn gewesen!

Wie ist aber Pelletan, genau wie früher André, darauf gekommen, gegen seine angebliche bessere Ueberzeugung mit dem Säbel zu raseln? Na, diese Frage fast Jaurès als ein tiefes historisch-philosophisches Problem von der Eigenartlichkeit des französischen Volkes auf, der Eigentümlichkeit, anders zu reden, als man denkt, anders zu handeln, als man strebt, sich ewig in Widersprüchen zu bewegen. In letzter Linie wird für die „rhetorischen Blüten“ der ministerielle Danktredner — die große französische Revolution verantwortlich gemacht, die als Hauptbösewicht den Zwiespalt im Reden und Thun der französischen Nation vor einem Jahrhundert geschaffen hat!

Es ist dies eine alte Geschichte, daß man nach entlegenen und weitaufgehenden Erklärungen sucht, wenn naheliegende und einfache ungenügend sind. Die auffallenden „kompromittierenden“ Redensarten der französischen Minister in der letzten Zeit sind eben — darin liegt die ganze politische Bedeutung der Zwischenfälle André und Pelletan — eine thatsächlich kompromittierende Probe auf die Theorie vom regierungsfähigen französischen Radikalismus.

Auf diese Theorie ist ja auch die ganze Taktik des regierungsfähigen Sozialismus aufgebaut: die Zusammenwirkung des Proletariats mit dem demokratischen Kleinbürgertum im Parlament und im Ministerium behufs allmählicher Verwirklichung der Demokratie und des Sozialismus.

Die vornehmste Aufgabe der demokratischen „Verteidigung“ der Republik ist in diesem Augenblick, wie jedes Kind weiß, die Begrenzung des ausschweifenden Militarismus und Marinismus mit ihrem Wechselbalg, der wahnwichtigen französischen Kolonialpolitik. Und wer sollte denn auch besser zu dieser Mission befähigt sein, als der radikale André, als der Demokrat Camille Pelletan? War es doch stets ein Tag des Gerichts und der Abrechnung war den französischen Militarismus, als sich der stützende Camille in der Pariser Kammer erhob, um als Berichterstatter der Budgetkommission mit seinem gewaltigen Rednertalent dem alten Sünder die vielen Verbrechen vorzuhalten. Wer verstand noch, sich in das Miesematerial der militärischen und kolonialen Rechnungen so einzuarbeiten, den Ruin der Republik so plastisch und erschütternd zu schildern, wie Camille Pelletan!

Aber das war der Abgordnete Pelletan, das Mitglied der winzigen radikalen Kammerminorität, der Vertreter der parlamentarischen Opposition. Heute sind Pelletan wie André — Regierungsmann, und damit ist alles gesagt. Aus einer Oppositionspartei zur Regierungspartei avanciert, haben sie im Handumdrehen die demokratische und „radikale“ Abneigung gegen den Militarismus kraft desselben politischen Naturgesetzes ausgegeben, das in Deutschland die ehemals demokratischen Nationalliberalen in eine Schutztruppe der Reaktion, das alte antimilitaristische Centrum des Windthorst in das heutige wasserfrömmle Centrum der Heber, Müller und Schädel verwandelt hat.

Eine wirklich demokratische bürgerliche Mehrheit existiert im französischen Parlament nicht. Die „republikanische“ Majorität, die kraft ihres Republikanismus allein für alle Demokratie zu haben wäre, ist eine Fiktion. Die tatsächliche Majorität ist die des Geldsacks, des Säbels und des Weiswedels, d. h. der sozialen und politischen Reaktion. Und so muß das demokratische Kleinbürgertum, das endlich die ersehnten Ministerportefeuilles in die freubegüternden Hände bekommen hat, zusammen mit den Portefeuilles des historischen Zwangs zur Berrats am eigenen Programm in Empfang nehmen.

Was deshalb Herr Combes für seinen ministeriellen Hansbedarf die blamablen militaristischen Affirmationen seiner radikalen Mitregenten noch so eifrig für bloße künstlerische Redungen ohne jeden politischen Hintergrund erklären, — sie bleiben ein tiefster Misthon in der demokratisch-sozialistischen Harmoniebüchse. Sie sind ein schneidendes Epigramm mehr auf die arkadischen Hoffnungen der Jaurès u. Comp.

Die gegenwärtige politische Geschichte Frankreichs ist wichtiger Lehren voll. Durch jede Trivialität des Parlamentarismus schaut historische Tiefe, durch jede Väterlichkeit der Regierung bitterer politischer Ernst durch. Das intelligente, begabte französische Proletariat könnte an der Hand der Tagesgeschichte allein an politischer Reife tagtäglich erreichen, was sonst nur Jahrzehnte leisten. Es wird aber leider in dem einzigen sozialistischen Tagesorgan der Hauptstadt mit Phrasen, offiziellen Plattheiten und philosophischen „Maques“ abgefüttert. Es kann uns wirklich leid thun! . . .

Gerichtssaal.

Schöffengericht.

Leipzig, 24. September.

„Garantiert reine Ware.“ So lauten in der Regel alle Warenempfehlungen, gleichviel ob es Nahrungs-, Gebrauchs- oder sonstige Gegenstände sind. Daß eine solche Reklame aber für die Produzenten und Händler mit Nahrungsmitteln besonders gefährlich werden kann, wenn sich bei näherer Prüfung der Waren die Empfehlung als nicht den Thatsachen entsprechend herausstellt, mußte zu seinem Leidwesen der Gewürzmüller Max Woldemar Fordtram erfahren. Seit dem Erlass der Verordnung des sächsischen Ministeriums vom 1. Oktober 1901 ist die Nahrungsmittelkontrolle in Sachsen obligatorisch und sie erstreckt sich auch auf die Gewürze, die als Nahrungsmittel angesehen werden und alle bis jetzt von den Angeklagten vorgebrachten Entschuldigungsreden, sie hätten die Verfälschung nicht gekannt, schlugen sie vor der Strafe nicht, da auch von einem Händler Warenkenntnis verlangt wird, zumal wenn er garantiert reine Waren anbietet. Bei Fordtram waren ganz erhebliche Quantitäten Pfeffer, Safran, Zimmet und Wiment beschlagnahmt worden, weil diesen Waren andere Bestandteile, teilweise bis zu 50 Prozent, beigemischt waren. Dem Safran war, um ein besseres Aussehen zu erzielen, rote Anilinfarbe beigemischt worden und in dem gemahlenen Zimmet befanden sich erhebliche Mengen gemahlener Kakaotholen; daselbe war mit dem Pfeffer, wo die Stiele, Nüssen und Schalen mit hineingemahlen wurden, der Fall; so daß es mit Fordtrams Ankündigung garantiert reiner Ware sehr windig bestellt war. Er macht nun vor allem geltend, daß die Waren auch schon, namentlich der Safran, im Ausland beschwert (als gefälscht) würden, daß die beanstandeten Zusätze sich liberal finden würden; er habe die Zusätze nicht extra beigemischt; auch glaube er nicht, daß es seine Leute gethan hätten. So wie er die Waren vom Auslande erhalten hätte, seien sie gemahlen und verkauft worden. Der Sachverständige an der Königl. Untersuchungsanstalt, Dr. Reich, giebt ein detailliertes Gutachten über die Menge der beigemischten Substanzen ab, auch darüber, auf welche Weise diese festgestellt wurden. Ferner giebt er dann Aufschluß, wie weit auf das Gutachten des Reichsgesundheitsamtes hin den Handelsgebräuchen durch die Abmachungen der Regierung Rechnung getragen würde und bis zu welchem Prozentsatz beigemischte Substanzen nicht als direkte Fälschungen angesehen werden könnten. Dies sind natürlich nur ganz niedrige Prozentsätze. In der Beimischung derartig erheblicher Quantitäten fremder Bestandteile zu den obengenannten Gewürzen erblickt der Sachverständige zweifellos eine Fälschung, die gegen das Nahrungsmittelgesetz verstößt. Das Gericht verurteilte hierauf F., weil er bereits im Mai 1900 schon einmal wegen dieses Vergehens zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt wurde, zu 400 Mark Geldstrafe event. 40 Tagen Gefängnis. In der Beurteilung wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß es das Gericht dahin gestellt gelassen habe, ob F. die Waren in einzelnen Fällen selbst gefälscht habe, oder ob sie schon im Ausland gefälscht worden sind. Wenn er sie als garantiert reine Waren verkaufen wollte, hatte er sich vorher davon zu überzeugen, daß sie auch keine anderen Bestandteile enthielten.

„Bieren“ und „Sechsen“, oder 4- und 6- Bjd. Proke. „Im allgemeinen Interesse läge es, wenn die Frage vom Gerichte entschieden würde, ob man unter einer Biere oder Sechse ein Vier- oder Sechspfundbrot zu verstehen habe.“ so meinte der Rechtsanwält, der den Kaufmann Karl Friedrich Baumgarten von hier verteidigte, der sich deshalb wegen Betrugs zu verantworten hatte, weil seine Bieren und Sechsen nicht vier und sechs Pfund wogen. V. hat neben anderen Handelsartikeln auch Brot zu verkaufen und bezieht diese von einem Bäckermeister, der sich wahrscheinlich über diese Frage auch nicht klar ist, denn die Brote haben in der That nicht das auf den Paketen angegebene Gewicht. V.s „guter Freund“, ein Bäckermeister, hat dies herausbekommen und fandte nun verschiedene Leute zu V., hin, um Vier- und Sechspfundbrote zu holen, und siehe da, sie hatten nicht das angegebene Gewicht. Nun erstattete er Anzeige bei der Staatsanwaltschaft wegen Betrugs und V. hat sich nun deshalb zu verantworten. Zu seiner Entschuldigung führt er vor allem an, daß er Nichtfachmann ist. Er habe angenommen, daß die Bieren und Sechsen nur so ein allgemeiner Begriff seien, der ungefähr das Gewicht angebe; die Absicht, das Publikum durch Umdergewicht zu betrügen, habe er nicht gehabt. Die Aussagen der Obermeister der Bäckerinnung lauten dahin, daß der Preis des Brotes ein niedriger war und an eine Ueberverteilung des Publikums nicht gedacht sei. Die anderen vernommenen Zeugen bekunden übereinstimmend, daß die Brote, die sie geholt hatten, nicht das angegebene Gewicht hatten. Das Gericht sprach den Angeklagten von der Anklage frei und zwar weil, wie der Vorsitzende Oberamtsrichter Schwertfeger ausführte, der Angeklagte nicht Fachmann war und der Meinung sein konnte, sein Lieferant liefere ihm nur Waren mit vollem Gewicht. Durch die Beweisaufnahme sei alles das festgestellt worden, was die Anklage dem V. zur Last legte und es bestehe auch jetzt noch der Verdacht des Betrugs; aber da die Möglichkeit einer Täuschung durch den Lieferanten nicht ausgeschlossen sei, habe man den Angeklagten freigesprochen.

Verein und Versammlungen.

Eine Versammlung der Einwohner von Böhlitz-Grenzberg fand am 20. September in Krügerherb's Saale statt. Sie war vom hiesigen Arbeiterverein einberufen worden. Den Anlaß hierzu

gab der geplante Schulneubau. Die Tagesordnung lautete: 1. Die Volksschule und ihre Aufgaben. 2. Ist der hiesige Schulneubau notwendig? Die Versammlung war aus allen Kreisen der Einwohnerschaft so stark besucht, daß der große Saal bis auf den letzten Platz besetzt war. Das einleitende Referat hatte Herr Redakteur Jacob-Weiß übernommen. Er erläuterte die Einrichtung der bestehenden Schulen und den Unterschied der Lehrpläne zwischen Gymnasium, Realschule, Bürger- und Volksschule und kam zu dem Resultat, daß die heutige Organisation der Schule ein getreues Abbild des heutigen Klassenstaates sei, denn der Besuch der Schule mit höherem Lehrplan richte sich nicht nach der Begabung der Schüler, sondern nur nach dem Geldbeutel der Eltern. Die ideale Schule, die Einheitschule, die von einsichtigen Leuten, hauptsächlich Lehrern, also Fachleuten, gefordert wird, die alle Kinder ohne Standes- oder Klassenunterschied besuchen müßten, um dann je nach Begabung in eine höhere Schule versetzt zu werden, wäre allerdings von der heutigen herrschenden Klasse nicht zu erlangen. Da gegen müsse man alle Bestrebungen, die die unteren Schulen auf eine höhere Stufe erheben wollen, unterstützen, um den unteren Klassen eine bessere Bildung zu verschaffen. Gerade die Sozialdemokratie rechne es sich als Verdienst an, durch ihre Unterstützung der Ausbildung und Wissensbedürfnis erzeugt zu haben, damit die Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung mit Wissen ausgerüstet sei, um dadurch zur Macht zu gelangen. Nach diesem, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag gab Herr Schuldirektor Parisch einen längeren Bericht über die örtlichen Schulverhältnisse, wie man im Schulvorstande nach reiflicher Ueberlegung und Berücksichtigung der finanziellen Lage doch zu einem Neubau sich entschlossen habe. In letzter Stunde sei nun von gewisser Seite ein Anbauprojekt aufgetaucht, so daß auf Anordnung der Amtshauptmannschaft der schon begonnene Neubau eingestellt werden mußte. Jedoch reiche dies neue Projekt auch nur auf einige Jahre aus; bei der Entwicklung des Ortes werde man bald wieder auf dem alten Fieße sein. Ob dies auf die von gewisser Seite vorgeschlagene Rücksicht auf die finanzielle Lage von Vorteil sei, müsse man stark bezweifeln. — Hierauf griff Genosse Meber in scharfer Weise in die Diskussion ein, und wies an der Hand des einschlägigen Materials in überzeugender Weise nach, daß es für den Ort nur von Vorteil sei, eine neue Schule zu bauen und das alte Gebäude für Gemeindegewerke zu benutzen. So könnte z. B. das Gemeindeamt, das jetzt zur Miete ist, und das Armenhaus in dem alten Gebäude untergebracht werden, das den geringsten sanitären Anforderungen, die an ein Schulgebäude zu stellen sind, in keiner Weise genüge. Aber gerade dieser Vorschlag passe für schon erwähnten „gewissen Seite“, nämlich der Firma Schlobach nicht, die hier nur Sonderinteressen verfolge. Als vor einigen Jahren ein Anbau geplant war, war es Herr Schlobach, der den in Aussicht genommenen Platz schleunigst kaufte und sich das Vorkaufsrecht für die alten Häuschen unterhalb der Schule sicherte. Hierbei seien nun laute Aufschreie von Seiten der Getreuen Schls., die unter Führung des Wachsenmeisters Köhler erschienen und zugestandenmaßen hierzu kommentiert waren. Doch wurden sie gebührend in die Grenzen parlamentarischen Anstands zurückgewiesen, so daß der Antrag: „Die Versammlung fordert, daß das alte Schulgebäude im Besitz der Gemeinde verbleibt“, mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde. Leider war die Zeit so weit vorgerückt, so daß der Vorschlag des Vorsitzenden, dem folgenden gegnerischen Redner, Prof. Kurst Schlobach, nur 5 Minuten Redezeit zu gewähren, auf lauten Widerspruch stieß, worauf er dann auf das Wort verzichtete. Nach Annahme nachstehender Resolution, die gegen 5 Stimmen erfolgte, mußte auf Verzeih des Ueberwachenden die Versammlung geschlossen werden, da es 12 Uhr war: „Die heute am 20. September in Krügerherb's Saale tagende öffentliche Einwohnerversammlung erklärt: Der von den Herren Schulvorstandsmitgliedern in seiner Majorität gefasste Beschluß betreffend Neubau eines Schulhauses, stellt sich nach reiflicher Erwägung als eine bringende Notwendigkeit dar. Einzelne bisherige Gegner des Neubaus vertreten nach Ansicht der Versammlung nur Sonderinteressen und sprechen dieselben deshalb die Versammlung ihre scharfe Mißbilligung aus. Die Versammlung fordert unbedingt, daß die zur Zeit unterbrochenen Bauarbeiten sobald als möglich wieder aufgenommen werden. Ausdrücklich erklären die Versammelten: Das in Aussicht genommene Projekt eines Um- resp. Anbaues der alten Schule wird nur auf ein Jahr ausreichen, wodurch den Steuerzahlern ganz unnötige Lasten auferlegt würden. Die Versammlung protestiert energisch gegen den Umbau, weil im nächsten Jahre die Gemeinde doch gezwungen würde, den Neubau in Angriff zu nehmen.“

Eine Versammlung der Bierbrenner und Brauereiarbeiter, die am 21. d. M. im Coburger Hof abgehalten wurde, beschäftigte sich mit der Frage: Welche Maßnahmen müssen getroffen werden von den betreffenden Arbeitern, um einen eventuellen Lohnkampf durchzuführen. Der Kollege Schmidt führte dazu aus: Die Brauereier hätten sich in Großbetriebe verwandelt; die Arbeit sei dort heute ebenso eine Teilarbeit geworden, wie in jeder beliebigen Fabrik. Dadurch sei heute die Produktion ins Unermessliche gewachsen, aber mit der Produktion habe die Vergütung der Arbeit nicht gleichen Schritt gehalten. Neben der Produktion habe sich aber auch der Flaschenbierhandel entwickelt, der zum Teil von den Brauereiarbeitern selbst, zum Teil von Unternehmern betrieben wird. Für den Flaschenbierfahrer sei durch das Procentsystem die Accordarbeit eingeführt worden. Der Lohn sei kein hoher; 18 Mk. sei der Höchstlohn, das übrige müßten die Procente bringen. Es sehe schön aus, wenn dann der Kutscher 30—35 Mk. pro Woche verdiene; es prähen dann auch die Unternehmer damit, daß bei ihnen die Leute so viel Geld verdienen. Was aber die Kutscher für Unkosten hätten, das sage und rechne man nicht. Sie müßten Aufwendungen bei ihrer Kundschaft machen, um sich diese zu erhalten. Meber kritisiert weiter die lange und schwere Arbeit der Flaschenbierfahrer und zieht einen Vergleich zu den Verhältnissen der Aktien-Inhaber, die das Geld mühelos einstecken und nicht danach fragen, wie und wer es verdienen müsse. Um nun diesen Zustand ein Ende zu bereiten, müsse durch die Organisation eingegriffen werden. Doch sei es vor allen Dingen die Aufgabe der Kollegen, daß kein Arbeiter in den Betrieben unorganisiert umhergehe. Noch eine große Zahl sei vorhanden, die noch zur Organisation zu erziehen sei. So lange das Unternehmertum dies merkte, brauche es auch keine Rücksicht zu nehmen auf die Arbeiter. Der große Stumpf sinn der Arbeiter müsse gebrochen werden; nur dann könne etwas erreicht werden. Nicht einmal die kleinlichsten Forderungen der Hilfsarbeiter, wie Anschaffung von Schutzkleidern, Bezahlung der Die Jour und Befestigung der schlechten Aufstaltsräume hätten Gnade gefunden bei den Unternehmern. Das läge alles nur an den Arbeitern selbst. Nicht auf die abigen Arbeiter solle man sich verlassen, die die Unternehmer zur Bewilligung von Forderungen veranlassen, sondern selber sei der Mann; durch sein eigenes zweck entsprechendes Verhalten müsse er sich selbst etwas erringen. Mit der Aufforderung zum Eintritt in den Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter schloß Kollege Schmidt sein gut durchdachtes Referat, das mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. In der hierauf folgenden Diskussion sprachen sich sämtliche Meber im Sinne des Referates aus und brachten im weiteren noch die herrschenden Mißstände zur Sprache. Kollege Gräbe brachte folgenden Antrag ein, der auch einstimmig angenommen wurde: Die Ortsverwaltung wird beauftragt, im Laufe der Zeit in größeren Betrieben Vertrauenspersonen zu ernennen, die im Interesse des Verbandes thätig sein können. Es traten mehrere Kollegen dem Verbands bei.

Erwerbt das Bürgerrecht!

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Nachmal's Fabrikbesitzer Rehwoldt. In dem Bericht des Annaberger Blattes über die Ausstellung des Fabrikbesizers Rehwoldt zum Kandidaten der vereinigten Ordnungsparteien im 21. Wahlkreise heißt es:

Im weiteren Verlauf seiner Rede führte Herr Rehwoldt aus, daß er heute von der Entwicklung eines eigentlichen Programms abstehe, denn in Hauptsachen sei sein Standpunkt durch seine Zugehörigkeit zum Nationalliberalen Verein charakterisiert, in Einzelheiten müsse er sich natürlich nach Wünschen des Bezirks richten, für den er zu kandidieren hoffe.

Da die Agrarier des Bezirks nur für ihn stimmen werden, wenn er ihnen bis zu einem gewissen Grade entgegenkommt, muß also Herr Rehwoldt deren Wünschen entgegen gekommen sein.

Berschmelzung der sächsischen Konsumvereinsverbände.

Herr Verbanddirektor Radestock (bisheriger Unterverbandsdirektor des Allgemeinen Verbands deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften) richtet an die sächsischen Konsumvereine ein Rundschreiben, in dem noch einmal auf die Vorschläge in Kreuznach, speziell auf den Gesamtantrag der sächsischen Konsumvereine aus dem allgemeinen Verband, hingewiesen wird. In Sachsen bestanden bekanntlich bisher zwei Verbände. Die Verschmelzung ist nunmehr sicher, weil sie ganz selbstverständlich ist. Für die sächsischen Konsumvereine liegt also die Sache sehr einfach. Herr Radestock sagt darüber in seinem Rundschreiben:

Unter Verband selbst wird in seiner Organisation durch den Ausschließungsbeschluss nicht berührt; er bleibt bestehen, genau wie bisher, und bindet keine statutarischen Bestimmungen an den Allgemeinen Verband. Wir haben nicht nötig, nur einen Paragraphen zu ändern.

Die langerehnte Vereinigung der in Sachsen bestehenden zwei Konsumvereinsverbände wird nun endlich zur Tatsache; ob unser Verband oder der Revisionsverband vorwärts bestehen bleibt, das werden die in Kürze stattfindenden Beratungen der beteiligten Kreise ergeben, sind wir doch schon seit Jahren in Sachen der Umsatzsteuer und des Schiedsgerichtes nur ein Verband. Wir haben durch die ungeredete Ausschließung keinen Schaden; den Schaden hat der Allgemeine Verband, welchem die 2000 Mt. Beiträge der sächsischen Vereine verloren gehen, die wir jährlich zahlten. Die Arbeiten zur Gründung eines Deutschen Verbandes für Konsumvereine und Produktivgenossenschaften sind im Gange, bald wird an alle Konsumvereine und sonstigen Genossenschaften der Ruf ergehen zur Beratung des Statuts, Wahl eines Sekretärs oder Anwalts Delegatione zu bestimmen. Ein großer Teil der deutschen Konsumvereine hat sich mit uns solidarisch erklärt, sobald wir schon im voraus der größten Sympathie fast aller Konsumvereine, welche auf genossenschaftlichem Boden stehen, gewiß sind.

So hat die freisinnige, verkümmerte und verspiegerte Trägerische Korona den Weg ebnen helfen für eine von Parteieinfluss freie und ungehinderte deutsche wirkliche Genossenschaftsbewegung!

Das Apothekenmonopol und die Regierung.

Das Ministerium des Innern hat mit Rücksicht auf die ablehnenden Wünsche des Stadtrats zu Niesitz, des Bezirksarztes, des Apothekenrevisors und der Kreisapothekenschaff Dresden beschloffen, die von der Ortskrankenkasse zu Niesitz und Genossen beantragte Errichtung einer zweiten Apotheke in Niesitz zur Zeit abzulehnen, da einmal die Leistungsfähigkeit zweier Apotheken in Niesitz noch nicht ausreichend gesichert erscheint, und ferner auch, weil durch Errichtung einer zweiten Apotheke in Niesitz der in Aussicht genommene späteren Errichtung einer solchen in Gauditz oder einer anderen ländlichen Gemeinde der Umgegend vorgegriffen würde.

Auf die einzige Apotheke in Niesitz sind zur Zeit einige 40 Drückstücken mit 25000 Seelen angewiesen. Sie wurde 1897 für rund 400000 Mt. gekauft und ist eine der teuersten in Sachsen. Das Apothekenmonopol hat hier zu den unheimlichsten Zuständen geführt. So liegt die Ortskrankenkasse seit drei Jahren mit dem hiesigen Apotheker im Streite, weil sie dessen übermäßige Forderungen nicht erfüllen kann. Der Apotheker hat der Kasse nun den Rabatt entzogen und verweigert ihr auch jeden Kredit und der Herr fordert, daß von der Kasse alle Arzneimittel, auch die in den Drogengeschäften billiger zu haben sind, in der Apotheke zu hohen Preisen gekauft werden sollen. Aus diesem vom Apotheker provozierten Kampfe haben sich

große Mißstände für die kranken Mitglieder der Ortskrankenkasse ergeben. Die Kasse sucht sich jetzt dadurch zu helfen, daß sie die Arzneien, die nicht sofort gebraucht werden, durch den Kassenboten aus der Strohlaer Apotheke besorgen läßt. Und es liegt nur im Interesse der Kasse, daß die Mitglieder lieber die kleine Verzögerung in Kauf nehmen.

Von diesem Zustande ist das Ministerium unterrichtet, und trotzdem weigert es sich, eine zweite Apotheke in Niesitz zu genehmigen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande.

Der Schuhmacher-Fachschule in Siebenbrunn wurde vom Ministerium des Innern abermals eine Staatsbeihilfe von 6000 Mt. zugestimmt. In dem früher fiskalischen, jetzt der Gemeinde Koffschade gehörigen Weinberge hat der Sachverständige für Reblausgelegenheiten das Vorhandensein von Reblausherden konstatiert. Dem Gesuche um Ausrottung der befallenen Stöcke wurde nicht stattgegeben, hingegen ist aber Herr Dr. Raumann anheim gegeben worden, die Desinfektion der befallenen Weinstöcke in der gefestigten vorgeschriebenen Weise vorzunehmen. In der Gegend von Großenhain hatte ein biederer Handwerker bei einer Vereinsfeier eine lange Rede über den Schaden und den Mißbrauch des Alkohols mit angeführt. Er trinkt selber Bier und Schnaps, aber mäßig, und brach dann in die denkwürdigen Worte aus: „Das ist ganz recht; wir haben ja bei uns recht gutes Bier und auch einen ordentlichen Schnaps. Wozu brauchen wir dann noch den verfluchten Alkohol?“ — Die achtjährige Tochter des Webers Hennig in Großschöna hatte ohne Wissen der Eltern den Tag über zu wiederholten Malen unreife Keffel geessen. Abends gegen 8 Uhr verzehrte das Kind noch in gewohnter Weise mit den übrigen Familienmitgliedern sein Abendbrot. Bald darnach stellten sich jedoch heftige Leibschmerzen bei ihm ein. Der Zustand des Kindes verschlimmerte sich in kurzer Zeit ganz rapid und ehe noch ein Arzt herbeigerufen werden konnte, verstarb das Mädchen etwa eine Stunde darauf. — Als dringend verhängt, die Elternschaften auf das Vorgehen zwischen Pfiff und Magwih vor dem Verfehren des Schnellzuges 182 gelegt zu haben, wurde ein in der Magwih-Wähe beschäftigter Arbeiter durch den Weharmreibrigadier Baumgärtel in Haft genommen. — In Schnarrtanne bei Nuerbach ist der Predigamt-Kandidat Fr. aus Kirchberg verhaftet worden. Fr. war bereits einmal in der Irrenanstalt Untergörsch untergebracht. Da ist ja gleich schön vorgebeht, damit es dem angehenden Gottesmanne nicht so schwer ankommt, wenn ihm der Brojeß wegen eines Vergehens oder Verbrechen, das sein säubertlich verschwiegen wird, gemacht wird. — Der Barbier Mannel in Neu-Wilkau bei Zwickau war dieser Tage in einer fremden Streitfahne von einem auswärtigen Richter als Penge vernommen worden und hatte dabei unter Eid sein Alter auf 25 Jahre angegeben. Zu Hause angekommen, stiegen ihm Zweifel auf, ob das richtig sei, und seine Frau sagte ihm, daß er 26 Jahre alt wäre. Erregt sprang er nun auf und sagte: „Ehe töte ich mich, als daß ich ins Zuchthaus komme“, verließ die Stube — und erhängte sich. — Aus dem Kuhstall des Rittergutes Gödelitz bei Pommitzsch sind zur Nachtzeit zwei junge setze weiß- und gelbschwarze Mastochsen gestohlen worden. Die Diebe scheinen die Ochsen im Transportwagen fortgeschafft zu haben. — In Reinhardtshausen wurde auf der Fahrt über eine Brücke der Wohnwagen eines Luftschiffbesizers plötzlich in die Tiefe. Der Wagen wurde teilweise, das Wohnhaus und Rädergerät und was sonst im Wagen sich befand, fast gänzlich zertrümmert. Die Insassen des Gefährtes, zwei Frauen und zwei Kinder, kamen zwar mit dem Schrecken davon, doch hat ein zweijähriges Kind erheblichen Schaden dadurch gelitten. — Zwei gefährliche Raufbolde, die Brüder Robert und Theodor Schönherr aus Schönheide, haben in der Nacht zum Sonntag in der Gastwirtschaft zum Felsbühlchen am Webersberg in der entlegenen Weise gehaust. Aus Rache dafür, daß sie vom Wirt wegen vorausgegangener Mißereien an die Luft gesetzt worden waren, drangen sie, mit Weiz, Art und Messer bewaffnet, nach Einschlagen der schweren Haustüre in das Gastzimmer wieder ein und zerschlugen alles, was für sie nur irgend erreichbar war, das ganze Lokal in einen Trümmerhaufen verwandelnd. — Der Gutbesitzer Hermann Ruck aus Bärensch bei Bad Elster, dessen Besitztum in Flammen ausging, während er mit seiner Frau an einer Armes teilnahm, ist nach seiner Zurückkunft unter dem Verdachte der Brandstiftung verhaftet worden. Sowohl die beweglliche Habe, wie auch die beiden mitverbrannten Pferde Rucks waren verhältnismäßig hoch versichert.

Zorgau, 24. September. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten lag betreffs der Beteiligung der Stadt bei event. Erbauung einer normalspurigen Kleinbahn in Zörgau-Schildau-Wurzen der Antrag vor, ob der Magistrat Aktien im Werte von 100 000 Mt. zu übernehmen bereit sei. Der Magistrat hat auf Grund günstiger Mitteilungen, die er über das Unternehmen erhalten hat, beschloffen, eine Anzahl von Aktien zu übernehmen, unter der

Bedingung, wenn der Anschluß der Bahn an die sächsischen Bahnen sichergestellt ist, wenn Kreis, Provinz und Staat das Projekt finanziell unterstützen und wenn vor Festlegung der Trace ein Projekt vorgelegt wird. Die Veranlassung nahm den Beschluß des Magistrats an unter der Zusatzbedingung, wenn die Ausführung der Bahn innerhalb von drei Jahren begonnen wird und die interessierten Drückschaften sich an dem Unternehmen finanziell beteiligen.

Saalfeld, 25. September. Das hiesige Parteiblatt schreibt: Eine etwas teuere Geldsichte dürfte dem Baunternehmer, dem die Kanalisationsarbeiten in der Sonneberger Straße übertragen wurden, daraus entstehen, daß diese Arbeiten immer noch nicht beendet sind. Wie uns nämlich mitgeteilt wird, sollte die Budgetzeit am 16. September fertig sein; in anderen Fällen kostete es pro Tag 20 Mark Konventionalstrafe. Was uns jedoch ein Wort in diese Sache mitreden läßt, ist der Umstand, daß die Unternehmer von a u s w ä r t s auch zum größten Teil fremde Arbeiter beschäftigt, während es doch genügend heimische Beschäftigungslöse Arbeiter gibt, die nicht wissen, wo sie unterkommen sollen. Es ist daher von der Stadtverwaltung vor allen Dingen nur wiederum zu fordern, daß den städtische Arbeiten ausführenden Unternehmern eine weitgehende Berücksichtigung von hiesigen Arbeitern bei der Einstellung von Arbeitern, zur Vorfahrt zu machen ist.

Aus Schwarzburg-Sonderhausen, 24. September. Das Schicksal der Landwirtschaftlichen Genossenschafts-Fleischwarenfabrik in Greußen, die vor kurzem verfrachte, ist besonders beachtenswert, weil sie, wie jetzt erst bekannt wird, mit s t a a t l i c h e r U n t e r s t ü t z u n g ins Leben gerufen war. Die Genossenschaft, die von acht Großgrundbesitzern gegründet wurde, erhielt von der Schwarzburg-Sonderhäuser Regierung ein bedeutendes Darlehen zu niedrigem Zins in der Absicht, daß sie es dem kleinen Bauern ermögliche, für sein Vieh bessere Preise zu erzielen. Abgesehen davon, daß die Genossenschaft den kleinen Bauern s i e n t e h e, und es vorzog, ihr Vieh aus anderen Gegenden zu beschaffen, also den eigentlichen Zweck der Genossenschaftsgründung verfehlte, sah sie sich genötigt, nach zwei Jahren den Betrieb einzuschränken und nach weiteren zwei Jahren gänzlich einzustellen.

Aus der Partei.

g. Webers Abrechnung mit Dr. Schäbler. Der Centrumsabgeordnete Dr. Schäbler hat bekanntlich auf dem Mannheimer Katholikentage sein Bedauern darüber ausgedrückt, daß Bollmar und Webel leider den Festzug der katholischen Arbeiter nicht gesehen hätten, um sich zu überzeugen, daß nicht alle Arbeiter auf die rote Fahne schwören, sondern daß noch Hunderttausende der Fahne des Kreuzes folgen. Im Hinblick darauf wurden gegen die Sozialdemokraten direkt und indirekt schwere Vorwürfe erhoben. Daraufhin veranstalteten unsere Vamberger Parteigenossen eine Versammlung mit der Tagesordnung: Centrum und Sozialdemokratie, und luden den Herrn Dr. Schäbler, der in Vamberg seinen Wohnsitz hat, dazu ein, damit er die Vorwürfe vor der Allgemeinheit begründe. Als Referent für die Versammlung wurde Genosse Webel gewonnen. Dr. Schäbler schrieb im letzten Moment dem Einberufer, daß er der Einladung nicht Folge leisten werde, da er keine Veranlassung dazu habe. Er hält es also für mutiger, aus sicherem Hinterhalt Vorwürfe zu erheben, die er vor der Öffentlichkeit nicht begründen kann. Webel beleuchtete die heuchlerische Arbeiterfreundlichkeit des Centrums in 2 1/2 stündigen Vorträge in der trefflichsten Weise und ging besonders mit Dr. Schäbler scharf ins Gericht. Die über 2000 Personen bestehende Versammlung stimmte ihm begeistert zu. Es wurde eine Resolution angenommen, die verlangt, daß die sozialistischen Forderungen mit aller Energie propagiert werden. Im Centrum wird eine Partei erblickt, die durch ihre bildungsfeindliche Haltung, durch Förderung des Militarismus u., durch ihren Widerstand gegen jede erste Sozialreform, durch ihre Haltung in der Folge die Lage der arbeitenden Klasse untragbar zu gestalten sucht und deshalb nach Kräften bekämpft werden müsse.

vi. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands hält am 28. September einen außergewöhnlichen Kongress in Zwolle

Kleine Chronik.

Leipzig, 25. September.

Theaternachrichten. Neues Theater: Freitag Händel und Ortel; hierauf Die Puppenfee. — Altes Theater: Freitag Alt-Weibelberg. Sonnabend findet im Neuen Theater eine Aufführung von Shakespeares Hamlet statt, worin die Ophelia neu besetzt ist durch Fr. Richter. Im Alten Theater geht Sonnabend nach längerer Pause die Operette Die Landstrolcher in Szene. — Für Sonntag ist im Neuen Theater Fra Diavolo und die Puppenfee angeführt. Im Alten Theater werden in diesem Winter außer den besonders für den Leipziger Arbeiterverein veranstalteten Vorstellungen an Sonn- und Feiertagen auch Nachmittagsvorstellungen zu ermäßigten Preisen gegeben, zu denen ein Billetverkauf für jedermann stattfindet und wird als erste derselben am kommenden Sonntag nachmittags 8 Uhr die Operette Die Gelfsa zur Aufführung gelangen. Abends 7 Uhr wird die Lustspielnovität Mils Hobbs erstmalig wiederholt.

Leipziger Schauspielhaus. Heute, Donnerstag, wird das Eponson'sche Schauspiel Paul Lange und Lora Barsberg wiederholt. Am Freitag geht Schillers Kabale und Liebe mit Herrn Direktor Anton Bachmann als Ferdinand in Szene. In den Hauptrollen sind ferner beschäftigt die Damen Paichte (Lady Milford), Kirch (Luise), Wintler (Frau Miller), sowie die Herren Wegner (Präsident), Engelung (Stab), Hofmann (Miller), Bornstedt (Burm), Forch (Kammerdiener) u. i. w. Das beliebte Lustspiel Mielott wird am Sonnabend wieder aufgeführt und am Sonntag geht als erste Posse Einpackwagabundus von Nestroy in Szene. Als erste volkstümliche Vorstellung zu bis über die Hälfte ermäßigten Preisen wird am Sonntag nachmittags Mithras Helden gegeben.

Neues Theater. Fabelo. Oper in 2 Akten von L. v. Beethoven. Die für gestern Abend ursprünglich angeführt Aufführung der Wälfur wurde abgesetzt und dafür Beethovens Fabelo in teilweise recht erheblicher Weise gegeben. Die Titelrolle war Fräulein Andor übertragen worden. Die Künstlerin gab in dieser herrlicher Hinsicht manches, was deutlich verriet, daß sie an der reineren Ausgestaltung dieser Partie ernstlich weitergearbeitet hat, inwiefern war doch das Großartige, künstlerisch Abgeläuterte bei ihrer Darbietung zu vermissen. Vor allen Dingen sollte die planmäßige Steigerung in der Durchführung dieser Rolle. Fräulein

Andor stellte von Anfang an zuviel die Fabelin hin, welche dem Schicksal täuht die Sitten bietet. Ihre musikalische Gestaltung der Rolle gekniet sich aus durch reiche dramatische Belebung des Ausdrucks. Merkwürdigerweise ließ sie es in letzter Hinsicht gerade in dem groß angelegten, ausdrucksreichen Rezitativ: „Abgeschlicher, wo eiffst Du hin“, etwas fehlen, während sie sonst überall ihr gesungenes Können ins beste Licht zu setzen wußte. Eine arge Enttäuschung bereitete uns Herr Ullrich mit seinem Florenza. Dieser Künstler vergaß ganz, daß der charakteristische Zweck dieser Figur nur mit den einfachsten Mitteln zu erreichen ist. Herr Ullrich ließ sich am Ende seiner großen Rolle zu solchen Beschmacklosigkeiten hinreißen, daß das Orchester überhaupt nicht mehr folgen konnte. Auch das gewaltsame Hervorstechen einzelner glänzender Töne war wenig geeignet, einen besonders günstigen Eindruck im Hörer hervorzurufen. Ein leuchtendes Gegenstück dazu war die Leistung des Herrn Schepfer, dessen Vizarro eine seiner bedeutendsten Darbietungen ist. Namentlich in der großen Kerkerzene des 2. Aktes wußte der Künstler bei aller Leidenschaftlichkeit durch weises Maßhalten gefänglich wie dastellerisch eine bedeutende Wirkung zu erzielen. Recht gut fand sich Herr Rapp mit dem Kerkermeister Rocco aus, dem er nur noch etwas ernsterer Züge geben sollte. Da auch Herr Marion als verliebter Jacquino und Fräulein Garbin als muntere Marceline mit Eifer bei der Sache waren, so hätte die Aufführung, immerhin als Durchschnittsleistung gelten können, wenn das Orchester die schöne Beethoven'sche Musik mit mehr künstlerischem Stilgefühl vorgetragen hätte. Die Ouvertüre, in der gleich der erste Harmoniesatz arg verunglückte, wurde unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Hagel mechanisch heruntergespielt. Außerdem waren die Tempomünster sehr unvollkommen. Ebenso erschienen die Solisten-Einsambed und Gefangenenchöre dynamisch farblos, rhythmisch nicht gefestigt genug. Ja, im Finale des 1. Aktes kam es zu einer ganz volkstümlichen Entgleisung. Kurzum, die ganze Fabelo-Aufführung war wenig erbaulich.

Ks. Von der Naturforscherversammlung. Der 24. September war in erster Linie den heißen Quellen gewidmet; vormittags fand eine gemeinschaftliche Sitzung sämtlicher Gruppen im großen Saale des Schäfershauses statt, in welcher dieses Thema zur Verhandlung stand, und nur des Nachmittags tagten die einzelnen wissenschaftlichen Sektionen. Zunächst sprach der berühmte Geologe Sueff aus Wien über das Wesen der heißen Quellen. Es folgte Professor Meyerhoffer-Berlin, der über die chemisch-physikalische

Beschaffenheit der Heilquellen sprach, und schließlich gab Dr. Ruff-Karlsbad in verständlichem und berechtigtem Lokal-Patriotismus eine Lebensgeschichte von David Wecher, dem „Karlsbader Hippokratens“, 1725-1792.

Meyerhoffer ging auf die neue Theorie der Lösungen ein, nach welcher in denselben, besonders wenn sie recht verdünnt sind, gar nicht die Salze selbst, sondern deren Bestandteile, die Ionen, enthalten sind. Die früheren Analysen, in welchen die Bestandteile zu Salzen verbunden angegeben wurden, waren oft recht willkürlich, und die Gleichheit zweier Mineralwässer beruhte zuweilen lediglich auf der Willkür des analysierenden Chemikers. Die neueren Angaben, wobei in der Analyse die Ionen selbst genannt werden, ist gewiß zutreffender; doch bleibt auch sie kein volles Bild der Wirklichkeit, da ja neben den Ionen auch die Salze selbst noch vorhanden sind. Auf ihrer Vertheilung, sowie auf so geringen Spuren von Stoffen, daß sie der chemischen Analyse entgehen, obwohl sie chemisch wirksam sind, kann recht wohl die ungewöhnlich vorhandene bessere Heilkraft der natürlichen Mineralwässer gegenüber den künstlichen beruhen. Den Hauptpunkt des Vortrags bildete die Auffassung — daß eingebrungenes Meerwasser mit der Lava wieder in die Höhe komme. Aber viele Erscheinungen beweisen die Ähnlichkeit der vulkanischen Ausbrüche mit den heißen Eruptionen der Geiser, ja der Wasserdampf ist es erst, der aus der Tiefe kommend, die Lava zum Schmelzen bringt. Von den Stiebesquellen, wie sie die Geiser darstellen, sind die eigentlichen Thermen durchaus zu unterscheiden. Zum Teil, wie bei Rajah, sind sie durch in den Boden einbringendes Wasser gebildet; in 2000 Meter Höhe befindet sich dort das Infiltrationsgebiet des Wassers, und 1500 Meter tiefer tritt die Quelle zu Tage; auf diesem Wege nach unten hat sich das Wasser bis auf 88,7 Grad Celsius erwärmt. Aber nicht alle Thermen sind so gebildet. Speziell das Wasser der Karlsbader Sprudel, wie überhaupt bei den böhmischen Thermen, entspringt nicht der Oberfläche der Erde, sondern kommt aus sehr erheblichen Tiefen. Auf den interessantesten Zusammenhang zwischen diesen Warmwasserquellen, für die gerade Karlsbad ein vorzügliches Beispiel bildet, und dem Erzgebirge ging der Vortragende ausführlich ein; ein Zusammenhang, auf den 1860 zuerst Hermann Müller in

ab zur Revision ihres Parteistatuts und einer Reorganisation der Partei.

Soziale Rundschau.

Gewerkschaftliches.

Vom französischen Grubenarbeiterstreik. Der sozialistische Deputierte und Führer der Bergarbeiter, Parly, welcher bisher stets eine verständliche Haltung beobachtete, erklärt heute in seinem Blatte, er sei für einen sofortigen allgemeinen Ausstand der Bergarbeiter. Der Ausstand sei durch das Verhalten der Bergwerksgesellschaften, welche die Löhne herabgesetzt und zahlreiche Entlassungen vorgenommen hätten, unvermeidlich geworden.

In Commentry ist am 21. September der Kongress der französischen Grubenarbeiter zusammengetreten. Anwesend sind 35 Delegierte, welche 49 Berufsvereine vertreten. Die südlichen Grubenbezirke erklären, sofort in den Ausstand einzutreten, im Falle ihnen nicht eine Lohnerhöhung, der Achtstundentag und das Ruhegehalt nach 25-jähriger Arbeitszeit bewilligt wird.

Die Zustände in der Sächsischen Central-Krankenkasse.

Wir haben wiederholt Gelegenheit bekommen, vor dem Eintritt in die geschäftsmäßig betriebenen Krankenkassen zu warnen, weil diese Kassen meist ohne jede solide Grundlage errichtet werden und die Mitglieder schon aus diesem Grunde Gefahr laufen, daß ihnen in Krankheitsfällen die Krankenunterstützung aus irgend einem Grunde verweigert wird. Die Zusammenbrüche zahlreicher dergleichen Kassen haben deutlich genug bewiesen, daß jede reelle Grundlage fehlt und daß es den Gründern solcher Kassen keineswegs darum zu thun ist, den Versicherten in Notfällen eine Unterstützung zu gewähren, sondern möglichst selbst ein gutes Geschäft zu machen.

Zu letzter Zeit ist besonders in Leipzig die Sächsische Central-Krankenkasse, deren Sitz in Chemnitz ist, auf den Mitgliederfang ausgegangen. Wir haben auch wiederholt vor dieser Kasse gewarnt. Wie wenig aber unsere Warnung beachtet worden ist, geht daraus hervor, daß hier etwa 4-6000 Personen Mitglieder dieser Kasse sein sollen. Eine Versammlung, die gestern Abend in den Sälen der Flora stattfand, hat aber gezeigt, wie recht wir mit unseren Warnungen hatten und wie unvorsichtig es gewesen ist, diese Warnungen in den Wind zu schlagen. Die Versammlung war einberufen von dem früheren Kassendirektor Herrn Jakob, der auch, gestützt auf eine von einem früheren Angestellten der Kasse der Staatsanwaltschaft übermittelte Auskunft, nähere Aufschlüsse über die Zustände in der Sächsischen Central-Krankenkasse gab.

zu beschleunigen, daß sie das Statut erhalten haben. Durch Stichproben will man der betreffenden Schreiber festgestellt haben, daß nicht die Hälfte der Leipziger Mitglieder bei der Aufnahme ein Statut gesehen hat. Die Agenten sollen überhaupt nur im Besitze von ein oder zwei Exemplaren der Statuten sein und von ihnen Aufnahmen nur nach dem Statut macht, sei nach Ansicht des Herrn Jungmann überhaupt kein Requisiteur. Von etwa zehn gemeldeten Krankheitsfällen werden mindestens fünf nicht unterzucht, weil die Antragsteller angeblich innerhalb drei Jahren eine Krankheit oder Verletzung hatten, diese aber bei ihrer Aufnahme verschwiegen haben sollen. Ueber die Leistungen der Kasse wird in diesem der Staatsanwaltschaft zugegangenen Schreiben noch folgendes ausgeführt: Die Gesamtbelaufsumme der Leipziger Subdirektion betrug im Monat Juni d. J. etwa 7000 Mk. Hier von gingen im Juni 2400 Mk. nach Chemnitz. Nach der Abrechnung stellte es sich heraus, daß der Direktion etwa 900 Mk. zuviel geschickt worden waren, so daß also nur 1500 Mk. für sie übrig blieben. Leider scheint, wie vom Referenten ausgeführt wurde, die Aussicht auf ein behördliches Eingreifen nur gering zu sein. Zunächst soll die Staatsanwaltschaft in Chemnitz zuständig sein. Weiter habe man den Beschwerdeführern auf der hiesigen Staatsanwaltschaft erklärt, daß die Direktion in Chemnitz mit allen Ausgaben ihres hiesigen Subdirektors einverstanden sei.

Diese Mittelungen riefen natürlich unter den Versicherten große Bestürzung und Entrüstung hervor. Zahlreiche Redner wiesen nach, wie auch ihnen bei Krankheitsfällen von der Kasse die Unterstützung verweigert worden ist. Die ganze Einrichtung der Kasse, besonders ihre Leitung und die Tätigkeit der Agenten wurden einer scharfen Kritik unterzogen. Schließlich beantragte die Versammlung eine siebenköpfige Kommission, weitere Untersuchungen anzustellen und geeignete Maßnahmen vorzuschlagen.

Dritter Deutscher Handwerks- und Gewerbeamtstag.

(Unberechtigter Nachdruck verboten.)

H. F. Leipzig, 25. September.

I.

Zu dem morgen hier selbst beginnenden Deutschen Handwerks- und Gewerbeamtstag sind bereits 200 Vertreter von Handwerks- und Gewerbeämtern aus allen Teilen Deutschlands eingetroffen. Man bemerkte die Abgeordneten Euler (Deutschland), Jacobsblatter (Erfurt), Wegner (Neustadt D.-S.), die Obermeister Faßler und Wollschläger (Berlin), Hage (Köln), Stadtrat Ploietti (Eleganz), Syndikus Dr. Brehmer (Albeck), Kommerzienrat Nagler (München), Obermeister Haebel (Breslau) und andere mehr. Im Auftrage der deutschen Reichsregierung wird der Verhandlung beizuhilfen Geheimrat Regierungsrat Dr. Lohmann vom Reichsamt des Innern, im Auftrage der preussischen Staatsregierung Regierungsrat Dr. v. Seefeld vom preussischen Handelsministerium, im Auftrage der sächsischen Staatsregierung Regierungsrat Dr. Kriese vom sächsischen Ministerium des Innern, im Auftrage der württembergischen Staatsregierung Regierungsrat Dr. Schmidt vom württembergischen Ministerium des Innern, im Auftrage der großherzoglich hessischen Staatsregierung Regierungsrat Dr. Winger vom großherzoglich hessischen Ministerium des Innern, im Auftrage der herzoglich braunschweigischen Staatsregierung Regierungsrat Dr. Stegemann, im Auftrage der fürstlich Schaumburg-lippischen Staatsregierung Geh. Ober-Regierungsrat Dr. Bömers (Waldenburg). Es werden ferner vertreten sein die Königl. Kreishauptmannschaft Leipzig durch Geh. Regierungsrat Dr. Gröndler, die Leipziger Amtshauptmannschaft durch Amtshauptmann Dr. Heintz, die Gewerbe-Aufsichtsbehörde der Stadt Lübeck durch Rat Dr. Linde (Lübeck), der Rat der Stadt Leipzig durch Bürgermeister Dr. Dittlich, Stadtrat Egidorius und Stadtrat Dr. Alernann, die Leipziger Stadtverordneten-Versammlung durch Stadtverordneten-Vorsteher M. Dr. Jund, den Stadtverordneten-Vorsteher Stellvertreter, Landtagsabgeordneten Baummeister Enke und eine Anzahl Stadtverordneter.

Auf der Tagesordnung steht: 1. Regelung des Submissionswesens; 2. die Alters- und Invaliditätsversicherung der selbständigen Handwerker; 3. Eintragung der Handwerker ins Handelsregister; 4. Sachverständige aus dem Handwerkerstand; 5. die Gutachten über den Befähigungsnachweis für die Baugewerbe; 6. Meistertitel und Lehrlingsanleitung; 7. Mittel zur Förderung des Handwerks; 8. Anerkennung der Prüfungszeugnisse der Fach- und Gewerbeschulen; 9. Fachschulen; 10. Einführung von Arbeitsbüchern für Gefellen; 11. Abänderung von § 100g der Reichsgewerbeordnung; 12. Abschluß des Lehrvertrags zwischen Vater und Sohn; 13. Preisausstellungen für Leistungen zur Einführung in das für die Gefellen- und Meisterprüfungen erforderliche allgemeine Wissen. — Es liegt bereits eine Reihe Anträge vor. So wird u. a. beantragt: „Der

Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag hält es für unbedingt notwendig, daß eine obligatorische Alters- und Invaliditätsversicherung für sämtliche selbständigen Handwerker durch Reichsgesetz eingeführt wird. Mit den nötigen Vorarbeiten und der Aufstellung der Reichsliste wird die Handwerkskammer zu Breslau betraut.“

Ein weiterer Antrag lautet: „Der Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag ist der Ansicht, daß durch das neue Handwerkerorganisationsgesetz vom 26. Juli 1897 allein eine wirtschaftliche Hebung des Handwerks in genügender Weise nicht erreicht werden kann.“

Der Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag begrüßt daher die im preussischen Abgeordnetenhaus auf Anregung der Herren Trimborn und Genossen am 4. Juni 1902 erlassene angemessene Resolution mit Freude und hofft, daß die preussische Regierung recht bald mit geeigneten Mitteln die geplante Aktion zur Förderung des Handwerks ins Werk setzen möge.

Da aber nicht nur das preussische Handwerk, sondern das gesamte deutsche Handwerk sich in einer wirtschaftlichen Notlage befindet, so richtet der Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag an alle deutschen Bundesregierungen das dringende Ersuchen, Mittel in ausreichendem Maße zur wirtschaftlichen Hebung des Handwerks, insbesondere zur Errichtung von Meisterkursen, zur weiteren Ausbildung von Handwerksmeistern, zur Veranstaltung von Ausstellungen musiergültiger Maschinen und Werkzeuge, zur Errichtung gewerblicher Kunstschulen, zur Anregung und Bildung von Kredit-, Rohstoff-, Werk- und Magazin-Gesellschaften etc., zur Verfügung zu stellen.“

Ferner wird beantragt: „Der Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag beschließt, dahin zu wirken, daß auch für volljährige Arbeiter im Interesse der für die Handwerksmeister wichtigen Kontrolle über die bisherige Beschäftigungszeit und Beschäftigungsart der sich meldenden Gefellen, Arbeitsbücher nach Maßgabe der §§ 107 ff. der Gewerbeordnung obligatorisch eingeführt werden.“

Von der Kammer zu Wiesbaden ist der Antrag gestellt worden: „Der Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag wolle sich dafür aussprechen: a) daß im preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe eine besondere Abteilung für das Handwerk gebildet werde, welcher einige (etwa fünf) erfahrene und intelligente Handwerksmeister als Beirat beigeordnet werden; b) daß auch in den übrigen Bundesstaaten, sofern dies nach Ansicht der zuständigen Handwerks- bzw. Gewerbeämtern zweckmäßig erscheint, das Gleiche geschehe.“

Die Verhandlungen finden Freitag und Sonnabend im großen Saale des Zoologischen Gartens statt. Heute Abend findet bereits eine Vorversammlung statt, zu der jedoch, weil vertraulich, die Vertreter der Presse keinen Zutritt haben.

Gemeinde-Zeitung.

Aus dem Stadtverordneten-Saale.

(Sitzung vom 24. September 1902.)

Nachdem der Vorsteher dem verstorbenen Stadtrat a. D. Franke einen Nachruf gewidmet hat, wird dem Stadtverordneten Prof. Dr. Steffen zu einer Reise ins Ausland Urlaub bis 15. November gewährt.

Der Hausbesitzerverein von Lindenau ersucht in einer Eingabe um längere Ausdehnung des Straßensbahnverkehrs. Bei Ankunft der letzten Abendzüge sei jetzt der Straßenbahnbetrieb bereits eingestellt. Die Bewohner der Vororte seien mit der Altstadt gesellschaftlich innig verbunden. Gar mancher müsse aus dem Kreise der Freunde vorgeitig aufbrechen, wenn er die Straßenbahn zur Heimkehr benutzen wolle. Der Stadtverwaltung solle die Entscheidung darüber anheimgestellt bleiben, ob die elektrischen Wagen am Spätabend nur nach größeren Pausen verkehren sollten oder ob ein doppeltes Fahrgeleise zu erheben sei. Die Eingabe macht Kanalarzt Zahn zur seinigen.

Der Plagwitzer Hausbesitzerverein wünscht die Verbreiterung der Fischerschen Straße nicht nur bis zur Mühlenstraße, sondern in ihrer ganzen Ausdehnung und ihre Pflasterung mit Steinen erster Klasse. Diese Eingabe macht Prof. v. Zahn zur seinigen.

Das Agitationskomitee der sozialdemokratischen Partei überreicht die in den vier Protestversammlungen gegen den Fleischwucher angenommenen Resolutionen und ersucht die Stadtverordneten, bei den Reichs- und Landesbehörden die Aufhebung der Grenzsperr für Schlachtvieh zu beantragen. Stadtv. Wolf macht die Eingabe zur seinigen, die darauf dem Verfassungsausschuß zur Vorberatung überwiesen wird.

In den gemachten Ausfüh für die diesjährige Stadtverordnetenwahl werden gewählt: a) aus dem Kollegium: Lagerhalter Frenzel, Privatmann Gangloff, priv. Kaufmann Kraft, Schenkwirt Kämpf; b) aus der Bürgererschaft: Privatmann Georg Hermann Brunner, Wismarstraße 12, priv. Kaufmann Friedrich Traugott

Litterarisches.

Im Verlag von Schöfflin u. Co. in Köln erscheint seit Mitte September eine neue unabhängige Wochenchrift, die sich Berliner Theater- und Musikzeitung nennt. Als Herausgeber zeichnet Willy Selbert, als Chefredakteur Georg Gellert. Nach der ersten Nummer über das neue Unternehmen abzurufen, wäre natürlich verfrüht; aber verschwiegen darf nicht werden, daß es nach der ersten Nummer schelen möchte, als verständlich namentlich der dem Chefredakteur unter Unabhängigkeit und Freimütigkeit des Urteils unerschrocken Absprechen und Herunterreißen. Sein Leitartikel über Gerhart Hauptmanns „geistigen Zusammenbruch“ ist ein Muster eines Kritikerartikels, der in seiner Maßlosigkeit weit über den Angeriffenen schaden, noch den Leser irgendwie fördern kann. Einen sehr anständigen Beitrag hat zur ersten Nummer und Leipziger Gottschalk, Herr Rudolf von Gottschalk beigezeichnet. Er schreibt über: „unser neues Bühnenrepertoire“ und stimmt das alte Klagebuch an, eine z. T. tonangebende litterarische Richtung, erkläre die Pflege der Klassiker auf der Bühne für veraltet, es werde oft die ausschließliche Verehrung der spezifisch modernen Litteratur auf der Bühne proklamiert etc. Das mag hingehen; alten Herren soll man es nicht weiter übelnehmen, wenn sie mit bewundernswürdiger Beharrlichkeit schnurrige Behauptungen wiederholen. Doch wirkt es wirklich schon überwältigend, wenn Herr von Gottschalk am Schlusse seines Artikels den Bühnendirektoren den guten Rat erteilt, sich verstaubter Lebensalter und der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts zu erinnern. Er schreibt: „Es giebt Dramatiker in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, von denen nur einige Stücke über die Bühne gegangen, viel wertvoller aber nutzlos oder nach der zufälligen unglücklichen Aufnahme einer ersten Vorstellung beseitigt worden. Das ist noch eine Fundgrube für das Repertoire der Gegenwart.“ Wir wollen nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die „Fundgrube“ etwa anderthalb Dutzend Gottschalksche Stücke hervorzuwühlen im Stande ist. — Eine Eigenart der neuen Wochenchrift ist es, daß sie der Satire in Wort und Bild Raum gewährt. Vielleicht kann sie auf diesem Gebiete anregend wirken. Die Redaktion wird mir gut thun, dafür zu sorgen, daß der Hauptteil der Wochenchrift nicht selber die Satire herausfordert. Der Abonnementspreis beträgt 5 Mk. für das Halbjahr.

Freiburg hingewiesen hat und der seitdem als vollkommen sicher erwiesen ist.

Zur Bedeutung des Kunstgefühls der Kinder hat das württembergische Kultusministerium an die Vorstände und Lehrer der württembergischen Schulanstalten eine Verordnung erlassen, die die Anbringung eines passenden Wandschmucks empfiehlt. Vorgeschlagen werden vor allem die Semantischen Bilder, besonders auch die im Verlag von Teubner u. Voigtländer-Leipzig erschienenen farbigen Künstlerphotographien, ebenso der Katalog: Die Kunst im Leben des Kindes. Auch wird von der Behörde empfohlen, daß die staatlichen Kunstsammlungen und außerhalb der regelmäßigen Besuchszeit von einzelnen Klassen nach vorhergehender Anmeldung besichtigt werden können.

Der Polizeihauptmann von Athen macht Schule. Vor einigen Wochen berichteten deutsche Blätter mit behaglichem Schmuzeln von einer Heldenthat des Polizeipräsidenten von Athen. Der Polizeioberste der griechischen Hauptstadt hatte nämlich die Theaterdirektoren aufgefordert, sie möchten auf den Theaterzetteln angeben, ob das angekündigte Stück das Schamgefühl der Frauen und jungen Mädchen zu verletzen im Stande sei oder nicht. Die deutschen Blätter fanden das Ansinnen des Polizeihauptmanns ungeheuerlich. Was werden sie nun dazu sagen, daß ein deutscher Theaterdirektor aus freien Stücken bereits am Donnerstag zum erstenmal in Kraft treten, an welchem Abend Ernst v. Wolzogens dreifaktiges Lustspiel Ein unbeschriebenes Blatt zur Aufführung gelangt. Die Zettel werden auf weißem Papier gedruckt sein (weiß; die Unschuld); es wird dies erkennen lassen, daß zu diesem Stücke ohne jedes Bedenken selbst kleinere höhere Töchter mitgebracht werden können. Bei Säulen wie z. B. Die Dame vom Magin beabsichtigt Herr Direktor Mantner die Tageszettel in roter Farbe erscheinen zu lassen: nicht etwa, um anzudeuten, daß zartere Seelen in diesem Stücke erröten könnten, sondern nur, um klar zu machen, daß dem erotischen Charakter des Stückes ein etwas

breiterer Spielraum eingeräumt ist. Auf weitere Abstufungen in der Colorit der Theaterzettel wird die Direktion jedoch nicht eingehen! Für Donnerstag wird also die weiße Farbe erkennen lassen, daß es sich bei Wolzogens Unbeschriebenem Blatt um ein harmloses Lustspiel handelt, welches zum Besuche des Familien-Publikums sich besonders eignet.“ Diese Neuerung ist zweifellos sehr schön und sehr bezeichnend. Sie zeigt mit erfreulicher Deutlichkeit, welchen Einfluß auf die Gestaltung des Theaterplans im Lande der Dichter und Denker die Rücksicht auf die höhere Tochter hat. Schon der alte Goethe klagte einst im Gespräch mit seinem getreuen Edermann über den verderblichen Einfluß, den die Rücksicht auf die jungen Mädchen im Theater ausübe, und meinte, die jungen Damen gehörten überhaupt nicht ins Schauspielhaus. Was würde er wohl zu der halbeschen Neuerung sagen, die offenkundig den bestimmenden Einfluß der höheren Tochter zugest? Eine Schildjungfrau der Wikingerzeit. Im Globus berichtet A. Lorenzen: Pfordereite kommen in den Grabunden aus der nordwestlichen Wikingerzeit fast regelmäßig vor, sowohl in solchen aus Gräbern mit männlichen als mit weiblichen Leichen. Mit dem Wikingerboot von Gollstad wurden Reste von zwölf Individuen gefunden. Neuerdings sind Pfordereite, verhältnismäßig gut erhalten und annähernd ein vollständiges Skelett bildend, auf dem Hofe Nordre Skjolen im Amte Hedemarken neben Resten eines menschlichen Skeletts gefunden, das wahrscheinlich einer weiblichen Person im Alter von 20 bis 30 Jahren angehört. Das Menschenskelett ruhte auf einer Schicht von Birkenrinde auf einem aus etwa 6 Centimeter dicken Planen hergestellten Bretze, unter dem wieder eine Birkenrinde lag. Neben dem Skelett und zwischen den Knochen fand man: ein Schwert, eine Axt, einige Pfeilspitzen, eine Speerspitze, und unter dem Kopfe des Skeletts lag ein Schildbündel. Alle Waffen waren aus Eisen und von der Form der jüngeren Wikingerzeit (etwa 950 n. Chr.). Das Pfordereite lag dem menschlichen zu Füßen, und neben dem Pfordereite lagen die Reste eines eisernen Nagelschirms. Professor Gustav Guldberg erblickt in der weiblichen Leiche, die mit Pferd und Waffen bestattet wurde, die Leberreste einer Schildjungfrau (Skjoldmod) der Sagas. Nach den Sagas haben Frauen an den Kämpfen teilgenommen und wie die Männer Waffen getragen, so daß auch die Annahme naheliegt, daß den Schildjungfrauen eine ihren Bräutern entsprechende Bestattungsgeweihe zu teil geworden ist.

Adolf Fickelwirth in L.-Eutritsch, Delitzscher Straße 29, Architekt **Friedrich Ottomar Zimmel** in L.-Eutritsch, Wiesenstraße 4, Bäckermeister **Johannes Max Päß** in L.-Eutritsch, Delitzscher Straße 90, Ingenieur **Ernst Alfred Prasse**, König Johann-Straße 23, Kaufmann **Wilhelm Schirmer** in L.-Connewitz, Kochstraße 130, Feilenfabrikant **Adolf Christian Schotte**, Kohlgartenstraße 22, Privatmann **Gustav Adolf Seiler**, Turnerstraße 25.

Frau Brömme in Schönefeld klagt gegen die Stadt Leipzig auf Zahlung von vorläufig 100 Mark. Sie ließ mit ihrem Geschirre im Auftrage eines gewissen Kanak, der in den Katswaldungen bei einer Auktion Holz erstanden hatte, dieses Holz abfahren, wobei die beiden Pferde in eine Schlammgrube versanken; nachdem die Pferde daraus wieder befreit waren, verwendete am folgenden Tage das eine der Pferde am Starckamp. Frau Brömme schiebt die Schuld nun der Stadt zu, die dafür sorgen mußte, daß die Schlammgrube mit einem Stafet versehen wurde. Da die Abjähmung der Grube wiederholt geschehen, das dazu verwendete Holz aber immer wieder gestohlen worden sei, und der betr. Oberförster bei der Holzauktion die Vieter ausdrücklich vor dem Schlammloch gewarnt habe, erteilt das Kollegium seine Genehmigung, auf die Klage der Frau Brömme einzugehen.

Der Ankauf des Michelschen Gutes in Mölkau zum Preise von 9000 Mark für das Johannishospital wird genehmigt und zur Zustandsetzung der Baulichkeiten werden weitere 1500 Mark bewilligt.

Vom sächsischen Eisenbahnfiskus erhält die Stadt Leipzig für Straßenüberführungen im Süden der Stadt die Summe von 250 000 Mark. Dieser Betrag soll nun nicht dem Stammvermögen zugeführt, sondern als freies Vermögen in einem besonderen Fonds zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im südlichen Stadtgebiete angelegt werden. Die Zinsen des Fonds sollen diesem selbst zufließen. Das Kollegium billigt diese Vorschläge.

Für Umänderung der Turmuhr an der neuen Kirche in Connewitz werden 430 Mark bewilligt und als Honorar für das Aufsiehen der Uhr wird der Jahresbetrag von 120 Mark in den Etat eingestellt.

Eine Eingabe der Herren **Wödlh** und **Genossen** betrifft die Ueberführung der **Wiederitscher Straße** über die Eisenbahn. Die Petenten haben in früherer Zeit bei Erwerbung ihres Areals die Zusicherung erhalten, daß die Wiederitscher Straße überführt werden würde und sie mögen in Rücksicht hierauf höhere Kaufgebote abgegeben haben, als sie es ohne diese Zusicherung gethan haben würden. Neuerdings hat sich nun die Ueberführung über die Bahn an dieser Stelle wegen der Gefährlichkeitsverhältnisse als unmöglich herausgestellt, weshalb die Ueberführung im Zuge der Wiesenstraße erfolgen soll. Diergegen führen nun die Petenten Beschwerde und verlangen eine Entschädigung. Der Dekonomieauschuß beantragte, die Eingabe dem Rat in dem Sinne zur Erwägung zu überweisen, ob es nicht möglich ist, die im Ratsprotokoll vom 2. Juli 1902 erwähnte Herstellung einer etwa 6 Meter weiten Fußwegunterführung unter der neuen Magdeburger Linie hinweg, sowie die Herstellung einer Straßenbrücke im Zuge der Wiederitscher Straße über die Thüringer Bahn zur Ausführung zu bringen. Dieser Ausführantrag gelangte zur Annahme.

Eine längere Debatte rief die beabsichtigte Umgestaltung der **Südfraße** von der **Gustav Freitag-Straße** bis zur **Waisenhausstraße** hervor. Nach einer Ratsvorlage sollte die westliche Fahrbahn des jetzt noch mafadamentierten Teiles der Südfraße gepflastert und auf der Mitte der Straße eine Promenade hergestellt werden. Die Kosten waren auf 50 000 Mark veranschlagt, wozu die Große Leipziger Straßenbahn 15 000 Mark beizutragen hätte. Die Ausschüsse beantragten jedoch, die Ratsvorlage abzuschneiden und den Rat um eine neue Vorlage zu ersuchen, wonach die Straßenbahngelände in die Mitte der Straße gelegt werden sollen und zwar so, daß sie von beiden Seiten vom Verkehr abgeschlossen sind.

Stadtbaurat **Frantz** stellte Kostenanschläge und Zeichnungen im Sinne des Ausführantrages in Aussicht, sprach aber die Zuversicht aus, daß das Ergebnis dieser vorzuliegenden Arbeiten das sein werde, daß die jegige Ratsvorlage schließlich doch noch angenommen werden würde.

Für die Ratsvorlage sprachen die Stadtv. **Joachim** und **Rost**, welsch letzterer darauf hinwies, daß durch Abschließung des Straßenbahntraktates mittels Bäume die Gefahr von Unglücksfällen beim Abspringen von der Straßenbahn hervorgerufen werden würde.

Anderer Redner, darunter auch Stadtv. **Boß**, betonten mit Erfolg, daß die neben einer Mittelpromenade beiderseits verbleibenden Fahrbahnen zu schmal sein würden, zumal noch in jede derselben ein Straßenbahngelände einzulegen sein würde.

Schließlich wurde der Ausführantrag gegen 6 Stimmen angenommen; die Ratsvorlage also abgelehnt.

Für die Herstellung der noch unvollendeten Strecke der **König Albert-Allee** wurden 23 500 Mark nachbewilligt.

Die Forderung von 24 000 Mark für den Ausbau des **Portwerks** Sorg bei **Aborf** wurde abgelehnt und der Rat um eine neue Vorlage mit den endgültigen Gesamtplanen der Heilanstalt ersucht, aus der die gesamten Kosten für den Bau der Lungenheilstalt und den Ausbau des **Portwerks** Sorg sowie für den Betrieb der Heilanstalt und des **Portwerks** Sorg hervorgehen.

Bei der Mitteilung des Rates, daß er die **Machtmaschinen des Wasserwerks** bestehen lassen wolle, beantragte sich das Kollegium, ebenso läßt es den früheren Antrag fallen, eine dritte Thür in den Restaurationsaal des **Alten Theaters** einzubringen.

Zur Stärkung des **Dispositionsfonds** der Gasanstalten für Unterstüßungen werden 1500 Mark bewilligt. Es folgt noch eine nichtöffentliche Sitzung.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 25. September.

Eine erfolgreiche Beschwerde. Aus „wohlfahrtspolizeilichen Gründen“ hatte die Leipziger Amtshauptmannschaft eine Versammlung verboten, die am 3. August d. J. in der Kutzschen Restauration zu **Stahmeln** abgehalten werden sollte. Die

Amtshauptmannschaft hatte erklärt, die Gaststube, in der die Versammlung stattfinden sollte, sei zu klein und hätte auch nur eine Thür, während sie in Wirklichkeit zwei Thüren hat. Die Versammlung würde für den Fall des Ausbrechens eines Feuers mit einer dringenden Gefahr für die öffentliche Sicherheit verknüpft sein.

Dem neuen Kurs in der Amtshauptmannschaft Leipzig war es vorbehalten geblieben, diese für hiesige Verhältnisse ganz ungewöhnliche Verbotsbegründung zu zeitigen. Die Einberufer, die Vorstandsmitglieder des Arbeitervereins zu **Stahmeln**, legten gegen das sonderbare Versammlungsverbot Beschwerde bei der Kreisshauptmannschaft ein, und die Kreisshauptmannschaft hat nun der ihr untergeordneten Amtshauptmannschaft eine für die Befehlsinterpretation recht beachtliche Entscheidung zugestellt. Sie lautet:

Leipzig, den 8. September 1902.

Der Amtshauptmannschaft werden die Unterlagen des Beschlusses vom 30. vor. M. dieses Monats mit dem Eröffnen zur Beforgung des Weiteren zurückgegeben, daß die königliche Kreisshauptmannschaft in kollegialer Beratung beschloffen hat, der nach Bl. 51 ff. d. N. XIV. 5.388 von J. A. Gründling, Schriftführer des Arbeitervereins **Stahmeln** und Ungeheuer, unmittelbar hier eingereichten, als Beschwerde gegen die amtshauptmannschaftliche Verfügung vom 2. vorigen Monats — Bl. 46 d. N. — bezeichneten Eingabe Beachtung nicht zu versagen. In der angefochtenen Verfügung hat die Amtshauptmannschaft eine von dem **Maurer Max Kühn** in **Stahmeln** für den vorbestimmten Verein auf Sonntag den 3. vor. Mts. nachmittags in das Restaurant von **Louis Kurth** ebenda einberufene öffentliche Versammlung auf Grund von § 12 des Vereinsgesetzes unterlag, welsch jene Restauration nach den angestellten Erörterungen mit ihren beschränkten Räumlichkeiten zur Abhaltung einer öffentlichen Versammlung nicht geeignet sei. Daß deshalb an sich schon und ohne Hinzukritt anderer, die öffentliche Sicherheit gefährdender Umstände eine dringende Gefahr für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Sinne der angeführten gesetzlichen Bestimmung vorliege, kann in der Regel wenigstens und abgesehen von besonders gearteten Fällen, zu denen der vorliegende offenbar nicht gehört, wie das k. Min. Ministerium des Innern schon in einer Verordnung vom 3. November 1899 (Zischers Zeitschrift, Band 21 Seite 69) ausgesprochen hat, nicht ohne weiteres angenommen werden.

Lagen im gegenwärtigen Falle irgendwelche Gründe anderer Art, welche der Abhaltung der fraglichen Versammlung im sicherheitspolizeilichen oder sonstigen öffentlichen Interesse, sei es auf Grund des Vereinsgesetzes oder anderer bestehender Vorschriften entgegenstanden, nicht vor, so bestand ein Grund zum Verbot der Versammlung nicht, zumal der Amtshauptmannschaft die Fügigkeit gegeben war, einer etwaigen Ueberfüllung des betreffenden Versammlungsortes durch geeignete Maßnahmen rechtzeitig vorzubeugen, und dasern nicht genügende Abhilfe geschafft und ihren Anordnungen nicht nachgegangen wurde, die Versammlung zu schließen.

Die königliche Kreisshauptmannschaft. (gez.) Dr. Grünler.

Der Arbeiterverein zu **Stahmeln** hält nun am Sonntag den 12. Oktober 1902 nachmittags 3 Uhr im Restaurant **Louis Kurth** eine öffentliche Versammlung ab und ladet dazu alle Genossen und Freunde ein.

Staatsanwalt Justizrat Dr. Groß ist zum Landgerichtsdirektor beim hiesigen Landgericht ernannt worden.

Ein Auguste Schmidt-Haus. In Leipzig hat sich aus den Vertreterinnen verschiedener Frauenvereine und einigen Bürgern der Stadt ein Komitee zur Errichtung eines **Auguste Schmidt-Hauses** gebildet. Das Haus soll der Erinnerung an die verstorbene Ehrenpräsidentin des Allgemeinen deutschen Lehrerinnenvereins und des Bundes deutscher Frauenvereine, **Auguste Schmidt**, geweiht sein. Das Haus soll einen Mittelpunkt bilden, an dem alle Bestrebungen der deutschen, für eine zeitgemäße Weiterentwicklung des weiblichen Geschlechts wirkenden Frauenvereine zusammenkommen. Es soll die Versammlungen aller verwandten deutschen Frauenvereine, die in Leipzig tagen wollen, aufnehmen und den Leipziger Vereinen eine Stätte für ihre Wirksamkeit bieten. Einen Bauplan zu dem Hause soll der Erlass einer Broschüre liefern. Diefelbe ist mit dem Bilde der Verstorbenen geschmückt und enthält die beiden Ansprachen, die **Kathie Wätmer** und **Dr. Käthe Winbisch** an der am 13. Juli in Leipzig veranstalteten öffentlichen Trauerfeier gehalten haben. Erstere schildert **Auguste Schmidt** als Lehrerin, letztere als Führerin der Frauenbewegung. Beide zeichnen sie als eine Persönlichkeit voll großer Ideen und Unselbsteigigkeit des Strebens. Zu beziehen ist die Schrift durch den Frauen-Gewerbeverein in Leipzig, Universitätsstraße 4. Preis ohne Porto 50 Pf., 50 Exemplare 20 Mk.

Wie muß eine Wohnung übergeben werden? Wenn es in den Mietverträgen heißt, daß der Mieter die Wohnung so zu übergeben habe, wie sie von ihm übernommen worden sei, so ist dies immer mit dem Zusatz zu verstehen, „soweit sie nicht durch ordnungsmäßigen Gebrauch abgenutzt oder abgewohnt ist.“ Der Mieter hat nur selten durch unpflegliche Behandlung verursachten Schaden zu ersetzen. So hat er unter anderem abgerissene und mit Schmutz und Fettflecken besudelte Tapeten reparieren zu lassen; verlorene Schlüssel müssen durch neue ergänzt werden. Dagegen hat er für abgenutzene Dielen, durchgebrannte Ofenplatten, schadhafte Schloßer und Thürklinen nicht anzukommen. Nur wenn sie durch gewalttames oder fahrlässiges Behandeln ruiniert oder beschädigt worden sind, muß sie der Mieter in stand setzen. Der Mieter hat die Wohnung vollkommen zu räumen und die Schlüssel dem Vermieter oder Hausmeister zu übergeben. So lange er dies nicht gethan, setzt er den Mietvertrag fort und muß den Mietpreis weiter zahlen. Ferner hat der Mieter die Wohnung gereinigt, d. h. besenrein zu übergeben. Eine besondere Reinigung von Fensterscheiben, Thüren und Wänden muß nicht vorgenommen werden.

Der Defraudant Wohlers, der bekanntlich in seiner Stellung als **Prokurist** der hiesigen **Tabak-Engroshandlung** von **Oswald Seydel** 250 000 Mark veruntreut hat, aber vor einiger Zeit vollständig mittellos bei **Auffig** in **Böhmen** verhaftet wurde, ist jetzt von den österreichischen Behörden ausgeliefert und in das **Leipziger Untersuchungsgefängnis** eingeliefert worden.

Unfall. Auf dem **Georgiring** schaute gestern abend das Pferd eines **Fleischergeschirrs** vor einem **Automobil**. Das Tier ging durch, wobei der **Führer**, ein 22jähriger **Fleischergeselle**, vom Wagen geschleudert wurde und eine Verletzung am Rücken davontrug. Der Verletzte wurde in der **Sanitätswache** verbunden.

Durch Erhängen hat sich gestern in der **Leibnizstraße** ein aus **Weißenfels** gebürtiger, 33 Jahre alter **Maier** selbst entleibt. Ueber den Beweggrund zu diesem Selbstmorde hat sich nichts Bestimmtes ermitteln lassen.

Ein brennender Baum. Vor dem **Frankfurter Thor**, auf den **Fleischwiesen**, geriet gestern mittag aus unbekannter Ursache eine große hohle **Eiche** in Brand. Die Feuerwehr hat den Baum gefällt und das Feuer beseitigt.

Wegen verführten Betrugs sind zwei zur Zeit stellungslöse Personen, ein Handlungsgehilfe und ein Versicherungsbeamter, in Haft genommen worden. Letzterer teilte einer Schankwirtin brieflich mit, daß er wegen einer Sachbeschädigung verhaftet worden sei und daß er seine Freilassung nur durch Bezahlung eines Betrages von 15 Mark erwirken könne, um deren Vorstreckung er die **Wirtin** gleichzeitig bat. Den Brief

ließ er der **Wirtin** durch den Handlungsgehilfen überbringen, der sich der Frau gegenüber als **Kriminalbeamter** ausgab. Die **Wirtin** ließ sich aber zur Herausgabe des erbetenen Betrages nicht bewegen, weshalb der angebliche **Kriminalbeamte** den Versicherungsbeamten nunmehr als **Häftling** der Schankwirtin vorführte. Diese durchschaute aber den **Schwindel** und ließ beide festnehmen.

Kleine Polizeinachrichten. Ein 18 Jahre alter **Uhrgehäufemacher** wurde in Haft genommen, weil er einen **Droschkentuschker** um 24 Mark betrogen hat.

Ferner erfolgte die Verhaftung einer 26 jährigen **Aufwärterin** aus **Kahla**, die einer **Familie** in der **Wächterstraße** einen **Geldbetrag** stahl.

Ein 16 Jahre alter **Laufbursche** von hier stahl von einem **Buchhändlerwagen** verschiedene Pakete und beging außerdem auch noch einen **Betrug**, indem er wertlose **Hefte**, die ein **Schiffstörer** bestellt haben sollte, in einer **Wohnung** abgab und sich dafür einen **Geldbetrag** auszahlen ließ. Der **Laufbursche** wurde zur **Verantwortung** gezogen.

Gestohlen wurde am 23. d. M. aus einer **Hausflur** in der **Esserstraße** eine etwa 7 Meter lange **Rolle Linoleum**.

Ferner ist in der verlängerten **Scharnhorststraße** ein ziemlich neuer, **zweiäderiger Handwagen** mit grauem **Anstrich** im Werte von 80 Mark, **gestohlen** worden.

Aus einem **Wagen**, der in einem **hiesigen Bahnhofs** stand, ist eine **G. H. 500 gezeichnete Kiste** mit 40 **Kilo Wisamfellen** im Werte von 1800 Mark, **gestohlen** worden.

In **Verwahrung** des **Polizeiamtes** befindet sich ein **Stück Metrorohr**, 6 **Centimeter** stark und 18 **Kilo** wiegend. Vermutlich rührt dies von einem **Diebstahl** her.

Nach einer **Meldung** aus **Gödelwitz** bei **Kommach** sind vom dortigen **Mitlergute** zwei **weiß- und gelbgezeichnete Mastochsen**, **bayerische Rasse**, im Werte von 500 Mark, **gestohlen** worden.

Durch einen **Messerstich** hat vergangene Nacht in der **Wieserstraße** ein 22 Jahre alter **Zimmermann** aus **Andenau** seinen **Begner**, einen in **L. Kleinschacher** wohnenden **Arbeiter**, am **Kopfe** erheblich verletzt. Der **Thäter** ist in Haft genommen worden.

Mit der **Tagesaufnahme** von 90 Mark in vergangene Nacht einem **Andenauer Restauratur** ein unbekannter **Aushilfskellner** durchgebrannt. Der **Flüchtige** ist etwa 22 Jahre alt, mittelgroß, hat blondes **Haar** und **barloses**, **blaßes Gesicht**.

Gerichtssaal.

Reichsgericht.

R.-G.-K. Leipzig, 23. September.

Aus dem **Leben** eines **Lieutenants**. Das **Landgericht Königsberg** hat am 11. Februar den **Lieutenant a. D. Fragstein** von **Niemtsdorf** wegen **Betrugs** zu einer **Gefängnisstrafe** von zwei **Monaten** verurteilt, nachdem ein früheres auf drei **Monate** **Zusatzstrafe** lautendes Urteil vom **Reichsgericht** aufgehoben worden war. Im Jahre 1896 starb der **Vater** des **Angeklagten** und hinterließ ein **Vermögen** von 255 000 Mark. Seinen **Sohn**, den er 14 Jahre nicht gesehen, hatte er zum **alleinigen Erben** eingesetzt, er hatte ihm aber in guter **Absicht** die **Verwaltung** des **Vermögens** entzogen. Der **Sohn** hatte beim **Tode** des **Vaters** 80 000 Mark **Schulden**, denen **Aktiva** nicht gegenüberstanden. In einem **Kodizill** zu dem **Testamente** war die **Bestimmung** getroffen, daß die **Beschränkung** des **Sohnes** in der **Verwaltung** des **Vermögens** aufgehoben werde. Dieses **Schriftstück** soll der **Angeklagte** **fälschlich** angefertigt haben. Er wollte einen **Prozeß** anstrengen, um die **Aufhebung** der **Testamentsbeschränkung** herbeizuführen und **brauchte** dazu **Geld**. Durch die **Vorspiegelung** der **unwahren Thatsache**, daß **Kodizill** sei **echt**, verschaffte er sich ein **größeres** in mehreren **Raten** gezahltes **Darlehen**, welches er **zurückzahlen** nicht im **stande** war. — Gegen das **neue Urteil** hatte der **Angeklagte** **Revision** eingelegt. Er behauptete, er habe **durchaus** nicht die **Absicht** der **Schädigung** des **Darlehensgebers** gehabt, auch habe er **keine** **unwahre Thatsache** diesem **vorgespiegelt**. — Da es sich hier nur um **unbeachtliche Einwendungen** gegen die **thatsächlichen Feststellungen** handelte, so **erkannte** das **Reichsgericht** heute auf **Verwerfung** der **Revision**.

Kaiserliche Disziplinar-Kammer.

Leipzig, 24. September.

Ein **Lebenslustiger Beamter**. Unter dem **Vorsitz** des **Landgerichtspräsidenten** **Dr. Hagen** hielt die **kaiserliche Disziplinar-Kammer** heute eine **Sitzung** ab, in der sich der 29 Jahre alte, mehrfach **disziplinarisch** bestrafte **Postsekretär** **Arthur Paul St.** wegen seines **außerdienstlichen Verhaltens**, das mit der **Würde** eines **Beamten**, wie sie das **Reichsbeamtengesetz** vorschreibt, nicht mehr zu **vereinigen** ist und **westwegen** von der **vorgesetzten Behörde** der **Antrag** auf **Entfernung** des **St.** aus dem **Amte** gestellt wurde, zu **verantworten** hatte. Am 1. Juli 1901 wurde **St.**, der 1700 Mark **Gehalt** bezieht, nach **Eisenberg** versetzt; die **Ermahnungen**, einen **besseren Lebenswandel** zu **führen**, hatten **ebenso** wie auch **Geldstrafen** nur einen **vorübergehenden erzieherischen Erfolg** bei **St.** gehabt. Am 1. April d. J. war er in eine **andere**, die **Telephonabteilung**, versetzt worden und da ihm der **Dienst** schon in den **engerichteten Rädern** schwer fiel, so **will** er nach **seinen** **Aussagen** dem **neuen** **Frache** mit **Beforgnis** entgegengehen haben und in **dieser** **Stimmung** habe er sich **dann**, die **Befehlung** zu **schulden** **kommen** lassen. Am 2. April hatte er seinen **dienstfreien Tag** und **benutzte** diesen **zunächst** zu einer **Fahrt** nach **Crossen**; von dort fuhr er **dann** mit der **Bahn** nach **Bera** in der **Abicht**, mit dem **Abendzug** wieder nach **Eisenberg** **zurückzukehren**. Von **dieser** **Abicht** ist er **in** **indes** **abgekommen**, als er nach **ziemlich reichlichem Alkoholgenuss** in **Café Oriental** die **Bekanntschaft** der **verwitweten Schulz** machte, mit der er in **später** **Nachstunde** sich nach **deren** **Wohnung** **begeben** wollte. Die **beiden** **hatten** **durch** ihr **Verhalten** auf der **Straße** **Veranlassung** zum **Einschreiten** eines **Schuhmanns** **gegeben**, der **dann** die **Sch.**, **trotz** des **Protestes** des **St.**, **der** **sie** **als** **seine** **Brant** **reklamirte**, mit **zur** **Wache** **nahm**. **St.** **hatte** die **Arretur** zu **verhindern** **gesucht** und **dem** **Schuhmann** **bedeutet**, daß er **auch** **Beamter** **sei**; dies **alles** **fiel** **als** **erschwerender** **Grund** zu **seinen** **Ungunsten** **ins** **Gewicht**. Die **Sch.** **hatte** **man** **von** der **Wache** **sehr** **balb** **nach** **Hause** **gehen** **lassen** und **am** **anderen** **Morgen** **empfang** **sie** **den** **Besuch** **St.s.** Das **Geld** **St.s.**, das er, etwa 60 Mark, von **Eisenberg** **mitgebracht** **hatte**, war **sehr** **schnell** **verbraucht**, und **als** **ihm** **in** **dem** **Gasthause**, wo er **übernachtete**, am **darauffolgenden** **Morgen** die **Rechnung** **präsentiert** wurde, war er **nicht** **mehr** **in** **der** **Lage**, die **Rechnung**, die **nur** 3.20 Mark **betrug**, zu **bezahlen**. Von der **Polizeiwache** aus, **wohin** **man** **St.**

brachte, wurde, da er sich nicht legitimieren konnte, in Eisenberg erst angefragt, und auf die Antwort des Postdirektors wurde er dann in Freiheit gelassen. Das Zeugnis des Postdirektors Elfers in Eisenberg lautete in dienstlicher Beziehung nicht besonders günstig. Anfänglich sei St. nicht im Stande gewesen, die einfachsten Anforderungen zu erfüllen, erst auf wiederholte und energische Vorhalte habe er sich etwas gebessert, so daß er dessen dienstliche Leistungen als genügend bezeichnen konnte. In gesellschaftlicher (also außerdienstlicher) Beziehung könne er nichts Nachteiliges über ihn sagen. St. habe in den besten Gesellschaftskreisen Eisenbergs verkehrt und war da gern gesehen und beliebt. Der Vertreter der Anklage begründet seinen Antrag auf Entlassung aus dem Dienste und Auserlegung der Untersuchungskosten damit, daß bei den wiederholten Disziplinarstrafen St. die Entfernung aus dem Dienste angedroht worden sei, ohne daß er sich danach gerichtet hätte. Sein Verhalten in Vera sei ein eines Beamten unwürdiges gewesen und es sei nicht anzunehmen, daß sich St. bei nochmaliger Rücksichtnahme dauernd bessern werde. Sein Verteidiger hingegen erucht um ein möglichst mildes Urteil, da sich St. doch keiner kriminellen Vergehen schuldig gemacht habe. Die Existenz des jungen Mannes wäre völlig ruiniert, wenn der Gerichtshof dem Antrage der Anklagebehörde stattgeben würde. St. werde sich bessern, nachdem ihm durch die Verhandlung der Ernst der Situation klar geworden sei. Das Urteil lautet: Entfernung aus dem Amte, Verweisung in ein anderes Amt mit Verringerung des Dienstverhältnisses um ein Gehalt und Tragung der Kosten des Verfahrens.

Von Nah und Fern.

Berlin, 25. September. Professor Orth-Göttingen soll zum Nachfolger Virchow's bestimmt sein. Professor Marchand-Leipzig soll abgelehnt haben.

Betriebsunfall. Am Mittwoch morgen explodierte in einer Meierei in Bial eine Centrifuge. Drei Personen sind schwer, mehrere andere leicht verletzt. Ein Meierei-Gehtling ist seinen Wunden bereits erlegen.

Bauunfall. In Biemelhausen stürzte heute nachmittag 4 Uhr an der Dörse des Neubaus der evangelischen Kirche das Gerüst zusammen. Fünf Arbeiter stürzten in die Tiefe. Einer ist schwer, die anderen sind leichter verletzt.

Feuersbrunst. In Macerata die Marcianse wurden durch eine Feuersbrunst einige 20 Häuser zerstört. Sechs Personen, darunter ein Kind, kamen bei dem Brande ums Leben. Der Schaden wird auf 300 000 Lire geschätzt.

Eine Operation Roosevelts. In Indianapolis, 23. September. Bei dem Automobilunfall in Pittsfield hatte Präsident Roosevelt eine leichte Verletzung am Knie davongetragen. Es hatte sich infolgedessen ein lästiges Geschwür gebildet. Die Anstrengungen der Heile erzhöhten aber die Beschwerden, welche das Geschwür verursachte, und die den Präsidenten begleitenden Aerzte hielten es deshalb für angebracht, sich mit einigen anderen Aerzten zu besprechen. Es wurde beschlossen, die Operation, welche als notwendig erachtet wurde, sofort vorzunehmen. Sie wurde von Dr. Oliver vollzogen. Nach Aussage der Aerzte sind aus der Wunde etwa zwei Unzen Eiter entfernt worden. Die Sache ist nicht ernstlicher Natur, legt dem Präsidenten aber große Schonung auf.

Vermischtes.

Erzherzogliche Familiengeschichte. Aus Wien wird uns geschrieben: Vor dem Landesgericht in Laibach wurde dieser Tage ein Prozeß beendet, der sowohl durch seinen Stoff, als auch durch die Art seiner Führung berechtigtes Interesse erregte. Es handelte sich nämlich um Ansprüche, die die unehelichen Kinder des im Frühjahr 1899 verstorbenen Erzherzogs Ernst, Aloisie v. Szimies, Ernst und Laura v. Wallburg, gegen den erzherzoglichen Nachlaß richteten. Begründet wurden sie mit der Behauptung, daß Erzherzog Ernst mit Laura v. Stubly, der Mutter seiner Kinder, später eine rechtmäßige Ehe abgeschlossen habe. Bestätigt wurden die drei Wallburgs in ihrem Glauben dadurch, daß ihre Geburtscheine nachweislich gefälscht waren, indem der spätere Mann ihrer Mutter als ehelicher Vater eingetragen war, obwohl Erzherzog Ernst sich ja selbst zur — wenn auch unehelichen — Vaterhaft bekannte.

Ernst v. Wallburg versuchte nun in Gemeinschaft mit Max Staudinger, dem jetzt Angeklagten, das Trauungszeugnis zu erlangen. Da ihm dies nicht gelang, rissen sie aus dem Matriculbuch der Militärseelsorge von Laibach — dort hielt sich nämlich Erzherzog Ernst in der kritischen Zeit auf — zwei Blätter heraus und setzten auf einen freien Raum dieser Blätter mitten unter die rechten Eintragungen eine gefälschte. Dies ließen sie dann photographieren und auf Grund dieser Photographie stellten sie dann an den Bruder des Verstorbenen, Erzherzog Janner, ihre Ansprüche. Es wurde zunächst gegen alle Beteiligten die Voruntersuchung wegen Betruges eingeleitet, aber schließlich nur gegen Staudinger, das Werkzeug der Wallburgs, die Anklage erhoben. Dieser machte guten Glauben geltend. Als er mit Ernst v. Wallburg nach Laibach kam, wurde Wallburg überall als der Sohn des Erzherzogs angesehen. Und der Landeshauptmann Janner, ein Bruder des damaligen Militärsekretärs von Laibach, stellte eine notarielle Erklärung aus, worin er unter Berufung auf seinen Briefwechsel bestätigte, daß ihm sein Bruder seiner Zeit von der zwischen Erzherzog Ernst und Laura v. Stubly vollzogenen Ehe Mitteilung gemacht hatte. In der Verhandlung nun mußte er zugeben, daß er gelogen hatte. Auch der Polizeikommissar Hobida von Laibach verwickelte sich in solche Widersprüche, daß von seiner Vereidigung abgesehen wurde. Staudinger wurde, da er ja des am Staate verübten Betruges schuldig war, zu vier Monaten Kerker verurteilt.

Damit ist die Sache, da er gegen das Urteil keine Rechtsmittel ergriff, für die Gerichte erledigt. Nicht aber für die Öffentlichkeit. Zunächst muß daran Anstoß genommen werden, daß aus einer ganzen Gesellschaft von Betrügern nur der untergeordnete, das Werkzeug der übrigen, herausgegriffen und unter Anklage gestellt wurde. Dann hat der Geiz unliebhaftes Ansehen erregt, mit dem die erzherzogliche Familie in dieser Angelegenheit vorging. So wurde in der Verhandlung festgestellt, daß die Kinder der Wallburg, also die Enkel des Erzherzogs

Ernst, dem es materiell sehr schlecht ging, auf den Straßen und beim Greißler um Brot und Milch bettelten. Endlich zeigte sich in der ganzen Art, wie die Verhandlung vorbereitet und geführt wurde, sowie in dem kampfhaften, wenn auch vergeblichen Bemühen des Staatsanwaltes, die vollständige Aufschlüsselung der Offentlichkeit noch vor Verlesung der Anklageschrift durchzusetzen, das schlechte Gewissen des Hofes sowie die Beeinflussung der Gerichte von Seiten des Hofes aufs deutlichste. Ganz zum Schluß brachte eine Verhandlung übrigens noch einige politische Filantherien. Es wurden nämlich einige echte Briefe Erzherzogs Ernst an seine Tochter verlesen. In einem davon spricht er über die alldeutsche Bewegung. Aus dieser Stelle spricht ein so fanatisch-erzherzoglicher Habsburgerhaß gegen die Alldeutschen, daß sie ganz hierhergehört werden mag. „Die Alldeutschen machen sich auch in Lande bemerkbar. Das ist eine Sippschaft! Auch fragst du mich nach dem Namen der Hunde, die mir am besten gefallen. Der eine heißt „Fled“, der andere, ein jüngerer, mitunter auch bissiger, widerhaariger Hund, heißt „Fro“, benannt nach dem widerhaarigen, böshastigen Abgeordneten Fro; er ist auch ein Anhänger und Satellit von Schnerer.“

Der alte Herr hatte keinerlei politischen Einfluß. Aber so wie er denkt wohl „oben“ alle. In ihrem Urteile über die Alldeutschen wird sich die Offentlichkeit wohl durch diesen Brief nicht sehr beeinflussen lassen, wohl aber wird die in dem Prozesse hervorgetretene Korruption in höchsten Kreisen nach anderer Richtung hin aufklärend wirken.

Von Sverdrup. Sir Clemens Markham, der Präsident der Britischen Geographischen Gesellschaft, hat an Dr. Hans Meusch ein Schreiben gerichtet, in welchem er Sverdrup's Expedition als die glücklichste und beste arktische Expedition zur Untersuchung von Land bezeichnet und meint, die Expedition werde die wertvollsten Ergebnisse haben, die jemals von einer solchen Expedition seit Franklin erreicht worden seien. Die Expedition Sverdrup's und Macchens umfaßten zusammen 372 Meilestage, in welchen sie 3000 englische Meilen zurücklegte und 1500 Meilen neuentdecktes Land durchquert hätten. Außer diesen Expeditionen seien noch andere wichtige Reisen unternommen worden. Sverdrup habe Kane, Hayes, Hall, Greely und Baldwin überflügelt.

Humoristisches.

Abhilfe. „Mein Mann redet immer so laut im Schlafe — kann man dagegen nichts machen, Herr Doktor?“ — „Gewiß — lassen Sie ihn am Tage sich ausdrücken, gnädige Frau!“
Verlockend. Tourist (zum Wirtesgefahren): „Du, jetzt ist's aber Zeit, daß wir an ein Wirtshaus kommen... seitdem wir durch die Hofenselder gegangen sind, kann ich's vor Durst nimmer aushalten!“
Verfälschung. Fremder (der von dem Diener einer fremden Familie an der Bahn abgeholt wird): „Sie suchten ja so lange... hat Ihnen Ihr Herr keine Beschreibung von mir gegeben?“
Diener (verlegen): „O doch... aber es sind halt mehrere Herren mit roten Nasen angekommen!“
 (Reggenborfer Wäcker.)

Mitteilungen aus dem Publikum.

Die Vorkommnisse in der Sächsischen Central-Krankenkasse zu Chemnitz, auf die die Leipziger Volkszeitung schon neulich hinwies, veranlassen uns, zu der Angelegenheit kurz einmal das Wort zu nehmen. Wieder einmal ist ein großer Teil der Leichtgläubigen geschädigt worden. Uns wundert es durchaus nicht, daß auch die Chemnitzer Klasse nach so kurzer Zeit in Schwierigkeiten geraten ist. Bei Gründung derartiger Institute wird bei niedrigen Beiträgen ein hohes Krankengeld versprochen; im Falle der Erkrankung der Mitglieder giebt es aber sehr oft überhaupt nichts; es ist in der Hauptsache nur auf die Beiträge abgesehen. Sehr zu begrüßen ist es, daß das preussische Ministerium des Innern derartigen Gründungen etwas genauer auf die Finger sehen will. Wie leichtsinnig nehmen diese Klassen ihre Mitglieder auf? Männer und Frauen jeden Alters, ob krank oder nicht, ist gleich. Die Hauptsache ist für den Agenten, daß er seine 2 Mk. Aufnahmegebühren bekommt; so giebt er sich natürlich Mühe, diese 2 Mk. so oft als möglich zu „verdienen“. Leider finden sich immer wieder so viele, die sich von solchen Leuten auf den Leim führen lassen, ohne zu berechnen, daß solche Unternehmen bei derartig hohen Leistungen, die sie den Leuten vormachen, gar nicht existenzfähig sein können. Wir weisen wiederholt auf die Allgemeine Krankenkasse für Arbeiter aller Berufe Deutschlands hin, die, von ihren eigenen Mitgliedern verwaltet, eine reelle und gutgeführte Kasse ist. Die Verwaltung durch die Mitglieder ist das erste Zeichen der Realität einer Krankenkasse. Wir bezwecken nicht, in marktfeindlicher Weise Plakate für unsere Krankenkasse zu schlagen, nur das Interesse für diese legt uns die Pflicht auf, ein immer weiteres Arbeitsfeld zu schaffen. Bemerken wollen wir noch, daß bei Aufnahme das Mitgliedsbuch der Ortskrankenkasse vorzulegen ist. Es können Aufnahmen im Alter von 14. bis mit 46. Lebensjahre erfolgen.
 Die Zahlstellen von Leipzig und Umgebung der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse für Arbeiter aller Berufe Deutschlands (G. S.), Sie Meissen.

Lezte Nachrichten.

Tatarenmeldungen.
Newport, 24. September. Aus allen Teilen des amerikanischen Kohlenstreifgebietes werden durch bürgerliche Telegraphenbureaus Anmachsen der Unruhen, Zerstörungen von Häusern durch Dynamit, Schießereien und andere schwere Ausschreitungen berichtet. Das obere Viertel der Stadt Wilkesbarre sei völlig in den Händen einer noch Tausenden zählenden Hölle. Die Streikenden gehen bereits gegen die Eisenbahn vor, indem sie die Lokomotiven von den Schienen entfernen und so die Züge am Weiterfahren verhindern. Das Ueberhandnehmen der gewaltthätigen Elemente hat schließlich auch bei dem Gouverneur von Pennsylvania, der bisher aus politischen Rücksichten die Unständigen stillschweigend unterstützte, Beunruhigung hervorgerufen, und er ist jetzt, wie in bestimmtester Form mitgeteilt wird, fest entschlossen, alle gesetzlichen Mittel anzuwenden, um die Ruhe wieder herzustellen und besonders die Arbeitswilligen vor Verletzungen zu schützen; in der betreffenden Mitteilung heißt es, der Gouverneur werde in jedem Falle Ordnung schaffen und dazu, wenn nötig, die gesamte Staatsmiliz ausbieten. Der Sheriff von Schuykill ersuchte den Gouverneur, den Bezirk unter das Standrecht zu stellen.

Auskunft in Rechtsfragen.

N. G. 100. Wenn nichts anderes ausgemacht ist, hat die Kündigung des sächsischen Gefindes spätestens am 1. des Monats für den Schluß des Monats zu erfolgen.
N. P. Andruan. Wenn Sie das Geld als Ausgleich für die Schuld erhalten haben, so können Sie frei darüber verfügen. Haben Sie es als Pfand bekommen, so müssen Sie es durch einen Gerichtsvollzieher verkaufen lassen, der vorher die Schuldnerin nochmals zur Einlösung aufzufordern hat.

Briefkasten der Redaktion.

Markgrafstädt. Unserer Geschäftsleitung übergeben, die Ihrem Besuch entgegensteht.
101. N. N. Uns ist ungünstiges über die Meißener Kasse bisher nicht bekannt geworden. Siehe unter Mitteilungen aus dem Publikum in vorliegender Nummer.

Theaterveranstaltungen.

Neues Theater.

Donnerstag den 25. September: 240. Abonn.-Vorstellung (1. Serie, grün); zum erstenmal:
Wih Hobbs.
 Lustspiel in 4 Akten von Jerome K. Jerome. Deutsch von Wih. Wolter. Regie: Regisseur Brunow.
 Wolff Ringseal Hr. Schuy
 Percival Ringseal Hr. Gabu
 Vessy, Percivals Frau Hr. Zurburg
 George Jessop Hr. Sternberg
 Wih Millicent Farey Hr. Wride
 Wih Susan Abben, Vessys Tante Hr. Waldorf
 Wih Henrietta Hobbs Hr. de Katsky
 Kapitän Sands Hr. Rübbling
 Charles, Diener Hr. Schuffenhauer
 Jane, Dienstmädchen Hr. Graf

Ort der Handlung: Newyaden bei Newyork.
 Der 1. und 4. Akt spielt im Hause von Percival Ringseal, der 2. bei Wih Hobbs, der 3. in der Kajüte der in der Flugmündung liegenden Nacht „Out Wlad“. — Zeit: Gegenwart.
 Pause nach dem 2. Akt.

Einlaß 7/10 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. **Schauspiel-Preis.**
 Billet-Verkauf an der Tageskasse von 10—8 Uhr. Billet-Verkauf für den nächsten Tag von 1—3 Uhr. (Jedes Billet, welches vor Eröffnung der Tageskasse bestellt oder im Vorverkauf erworben wird, kostet 80 Pfg. Aufgeld.)
 Spielplan: Freitag: Hänsel und Gretel. Hierauf: Die Puppenfee. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Hamlet. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Donnerstag den 25. September:
Der Opernbau.
 Operette in 3 Akten (nach dem Lustspiel „Die Rosa-Dominos“ von Victor Léon und H. v. Waldberg. Musik von Richard Heuberger. Regie: Regisseur Haas. — Direktion: Kapellmeister Finkelsen.
 Frau Bullifon, Rentier Hr. F. Groß
 Madame Beaubullifon, seine Frau Hr. Wufe
 Henri, deren Nefte, Marinetafett Hr. Körner
 Paul Aubler Hr. Sutfall
 Angèle, dessen Frau, Nichte der Madame Hr. Kießling
 Beaubullifon Hr. Felne
 Georges Duménil Hr. Siegmund-Wolf
 Marguerite, dessen Frau Hr. Linda
 Hortense, Kammermädchen bei Duménil Hr. Guth
 Néobora, Chansonette Hr. Greiner
 Philippe, Oberkellner Hr. Schröder
 Jean, Kellner Hr. Renner
 Germain, Diener Hr. Renner

Masken, Ballgäste, Kellner.
 Zeit: Gegenwart. — Ort: Paris.
 Im 2. Akt: **Salon-Magurka**, arrangiert v. Hofballmeister J. Wolfelt, ausgeführt von Hl. Zimler, Hl. Schäffer, Hl. Buchmann, Hl. Wolfelt und den Damen des Corps de Ballet.
 Pause nach jedem Akt.

Einlaß 7/10 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr. **Gew. Preise.**
 Billet-Verkauf an der Tageskasse von 10—8 Uhr. Billet-Verkauf für den nächsten Tag von 1—3 Uhr an der Tageskasse (mit Aufgeld von 80 Pfg. pro Billet).
 Spielplan: Freitag: **Alt-Heidelberg**. Anfang 7/8 Uhr. — Sonnabend: Die Landstreicher. Anfang 7/8 Uhr.

Leipziger Schauspielhaus.

Dir.: Anton Hartmann. Sophtenstr. 19
 Nachdruck verboten. Nachdruck verboten.
 Donnerstag den 25. September:
Paul Lange und Lora Parsberg.
 Schauspiel in 3 Akten von Hirsburger Björnson.
 In Szene gesetzt von Herrn Oberregisseur Eggeling.
 Paul Lange, Staatsminister a. D. Lothar Rehnert
 Der Kammerherr Arthur Eggeling
 Arne Kraft Georg Wittmann
 Lora Parsberg Margarete Pöschke
 Der alte Storm, ihr Großvater Ernst Bornstedt
 Hildoffin Bang, ihre Tante Maria Fernoff
 Frau Helm Martha Johu
 Hofjägermeister Bang Hans Weybow
 Der Stortingpräsident Georg Wittmann
 Walte Emil Wirt
 Saime } Abgeordnete Max Böhner
 Blene } Robert Busch
 Stamm } Jean Hofmann
 Albert Storingbauer Albert Wirt
 Junger Storingbauer Bernhard Widenhain
 Christian Desille Arthur v. Gerwitz
 Ein Hotelbdiener Emil Bartholomä
 Ein junger Herr Armand Fabre
 Erster alter Herr Hans Adler
 Zweiter alter Herr Wilhelm Berthold
 Erster Diener Erwin Kaiser
 Zweiter Diener Marquard Curtius
 Nach dem 2. Akt findet eine Pause von 10 Minuten statt.
 Anfang 7/10 Uhr. Koffendöffnung 7 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
 Vorverkauf und Verkauf von Tagesbillets bei F. A. Coppius, Elgaren-Import, Petersstraße 15. — Die Tageskasse im Theater ist täglich geöffnet von 10—2 Uhr, Sonntags von 11—2 Uhr. — Abonnements können zu jeder Zeit entnommen werden.
 Spielplan: Freitag: **Kabale und Liebe**. — Sonnabend: **Alceste**. — Sonntag nachm.: **Ruymlose Felder**. Abends: **Lumpacivagabundus**.

Preise der Plätze.

Die Preise in 1. Rubrik sind Kassenpreise, in 2. Abonnements-Preise und in 3. Preise für Dugendbillets im freien, nicht an den Tag gebundenen Abonnement.

Batterie 1.25/0.90/12.	I. Rang Balkon-Loge 4.—/3.—
I. Parterre 2.—/1.25/18.	I. Rang Profen-Loge 4.50/3.25
I. Parterre 2.50/1.50/24.	Parterre Profen-Loge 4.50/3.25
Parterre-Loge 2.75/1.75/27.	II. Rang Profen-Loge 1.50/1.—
Parterre-Gauleit 3.—/2.—/30.	II. Rang Balkon-Loge 1.25/0.90/12.
I. Rang 2.25/1.50/21.	Haupttheater, I. u. II. R. 1.25/0.75/12.
I. Rang Seitenbalkon 2.—/1.25/18.	Haupttheater, III. u. III. R. 1.25/0.75/12.
I. Rang Mittelbalkon 3.—/2.—/30.	Schloßplätze im II. Rang 0.80/—
I. Rang Mittelbalk. Gaut. 3.50/2.50/38.	

Küchenzettel der sächsischen Speiseanstalten.

Freitag:
 Speiseanstalt I (Johannisplatz): **Wirsbrant** mit Schöpfenstelsch.
 Speiseanstalt II (Rosenthalgasse): **Grüne Erbsen** mit Schwarzwälder.

Das Aushunfts-Bureau für gewerbliche Streitigkeiten, Unfall-, Alters- und Invalidenrenten befindet sich im Coburger Hof, Windmühlenstraße 11, 1. Etage.

Sozialdemokratischer Verein Leipzig-Ost.
 Organisation zur Förderung der Bestrebungen der Sozialdemokratischen Partei. Versammlungen alle 4 Wochen. — Wöchentliche Zeitung 10 Pfg.
Widat oder sozialdemokratisch gekennzeichneter **Gewinnher** im Osten Leipzigs ist es, dem Verein als Mitglied anzugeben.
 Maßnahme von Mitgliedern in den Versammlungen. Anmeldebogen nimmt entgegen: Julius Lehmann, Leipzig-Ringer, Reifstraße 18, post.